



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 11
4. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste Seite 246) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Köpenick 3244. — Bezugspreis monatlich M. 1.50. — Preis der Einzelnummer M. 1.00. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66336 erbeten.

Berlin
1. Juni 1923

Die Loslösung des Saargebiets von Deutschland.

Von Richard Posselt.

Die Saarregierungscommission veröffentlichte am 22. Mai eine Verordnung, nach der vom 1. Juni d. J. ab der französische Frank als einzig gültige Münze eingeführt wird. Mit der Veröffentlichung dieser Verordnung hat die vom Völkerbund eingesetzte Saarregierungscommission ihre im Auftrage Frankreichs volle drei Jahre geführte Frankenspolitik zum Abschluß gebracht. Ein wesentliches Band der Zusammengehörigkeit zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland ist damit zerrissen worden.

Heiße Kämpfe sind um die Frankenswährung im Saargebiet geführt worden. Von französischer Seite wurden die verwerflichsten Mittel angewandt, um dem Frank eine größere Verbreitungsbasis im Saargebiet zu verschaffen. Nachdem im Juni 1920 auf den Saargruben die Frankenswährung eingeführt worden war, ergriff die Saarregierungscommission ganz offen für die Frankenswährung Partei, wenngleich sich die gesamte Bevölkerung des Saargebiets mit zunächst ganz verschwindend kleinen Ausnahmen gegen die Frankenswährung auflehnte. Es ist nicht die Aufgabe dieser Zeilen, die ganze Geschichte der Frankenspolitik der Saarregierungscommission hier wiederzugeben; es darf angenommen werden, daß die einzelnen Etappen dieses Frankenkampfes bekannt sind. Nur eine Tatsache soll hier noch einmal unterstrichen werden, nämlich die, daß im September 1921 die Saarregierungscommission eine Verfügung an die Kommunalverwaltungen erließ, die die Einführung der Frankenszahlung in den Kommunalverwaltungen diktierte. Dieser Frankensbefehl ist nahezu ein Jahr lang Gegenstand erbitterten Abwehrkampfes der Saarbevölkerung gewesen. Aber alle Proteste, alle wirtschaftlichen Darlegungen, alle Eingaben an den Völkerbund haben weder auf die Saarregierungscommission, noch auf den Völkerbund, noch auf die Welt den geringsten Eindruck gemacht. Wie vorher auf der Eisenbahn, bei der Post, so hielt auch bei den Kommunalverwaltungen des Saargebiets auf Befehl der Franken unter dem Protest der Bevölkerung seinen Einzug.

Es war vielleicht der verhängnisvollste Schritt in diesem Kampfe, daß am 12. November 1922 ein in Saarbrücken tagender Kongreß der freien Gewerkschaften nach heißer Debatte eine Entschließung annahm, in der unter Hinweis auf die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen der Doppelwährung eine „sofortige gesetzliche Regelung der Währungsfrage durch Einführung der allgemeinen Frankenswährung“ gefordert wurde. Wenngleich anerkannt werden muß, daß die freien Gewerkschaften in vorderster Linie des Kampfes gegen die von der Saarregierungscommission betriebene Franzöfizierung des Saargebiets gestanden haben und heute noch stehen, so mußte die damalige Entschließung nicht nur als großer taktischer, sondern als verhängnisvoller strategischer Fehler bezeichnet werden. Das bescheinigte ihnen postwendend der Chefredakteur L'auzanne vom Pariser „Matin“, der in seinem Reisebericht über diesen Beschluß der freien Gewerkschaften des Saargebiets wörtlich folgendes schrieb:

„Liebe Note unserer alten guten Banque de France: hier ist deine Aufgabe. Das Bild der behelmten Frau, das du trägst, bringt zuerst in dieses legliche französische Durchdringung

widerstrebende Gebiet ein. Bist du ein Vorläufer? Jedenfalls ruft man dich, und du vertrittst Frankreich.

Behalte ja deine ganze Kraft, liebe Banknote . . .“

Die Befürchtungen, die damals von allen weitsichtigen Männern ausgesprochen wurden, haben sich erfüllt. Der fragliche Beschluß wurde von der Saarregierungscommission in denkbar ergeblichster Weise benutzt, um die „Notwendigkeit“ der allgemeinen Einführung der französischen Währung zu „beweisen“. Daran änderten nicht das mindeste die Darlegungen der politischen Parteien auf Grund genauer wirtschaftlicher Berechnungen, daß die Einführung der Frankenswährung den wirtschaftlichen Ruin des Saargebiets bedeuten müßte. Die Einführung der Frankenswährung im Saargebiet war bei der Saarregierungscommission längst beschlossene Sache, nachdem man in Paris sie zur endgültigen Abtrennung des Saargebiets vom übrigen Deutschland als dringend notwendig bezeichnet hatte.

Die Währungsverordnung der Saarregierungscommission lag dem Landesrat des Saargebiets in seiner Tagung vom 23. bis 28. April d. J. vor. Die Aussprache darüber bildete eine einzige scharfe Anklage gegen die Franzöfizierungspolitik der Saarregierungscommission.

In Nr. 10 des „Saar-Freund“ haben wir eingehend über die Stellung des Landesrats zu der Währungsverordnung berichtet und haben das Gutachten dieser Landesvertretung über diese Vorlage mitgeteilt. Sämtliche politischen Parteien des Landesrats haben sich darin dahin ausgesprochen, daß die Einführung der allgemeinen Frankenswährung im Saargebiet eine Verletzung der Bestimmungen von Versailles bedeutet. Sie haben daher die Währungsverordnung der Regierungskommission einstimmig abgelehnt.

Es war vorauszu sehen, daß sich die Saarregierungscommission gerade durch die gesetzlichen und vertraglichen Bedenken, die der Einführung der Frankenswährung im Saargebiet entgegenstehen, nicht im geringsten würde behindern lassen, um eins der wirksamsten Mittel zur Franzöfizierung des Saargebiets anzuwenden.

Mit der Veröffentlichung der Währungsverordnung hat sie trotz der einmütigen Verwerfung durch den Landesrat die Einführung der Frankenswährung für das Saargebiet diktiert. Sie hat sich über vertragliche Bestimmungen hinweggesetzt, weil das im Interesse Frankreichs liegt. Daß die Saarregierung diesen Schritt wagt, nachdem ihr Verwaltungsverfahren und ihre Politik sowohl in Genf wie kürzlich im englischen Unterhause eine so scharfe Kritik erfahren haben, beweist, daß sie sich im Schutze Frankreichs stark genug weiß, um auch einen groben Bruch des Versailler Vertrages ungestraft durchführen zu können.

In Deutschland hat man leider auch in diesem Falle wieder diesem Vorgang keine Beachtung geschenkt. Es ist daher kein Wunder, daß die Saarregierungscommission sich um so sicherer fühlt. Das Erwachen in Deutschland wird leider erst kommen, wenn an dem Schicksal des Saargebiets durch das glänzend durchgeführte französische Umstellungsverfahren kaum mehr etwas zu ändern ist, trotz der Abstimmlung der Bevölkerung. Hat dafür nicht Oberschlesien die beste Warnung abgegeben, hat nicht die gewaltsame Lösung der Memelfrage gezeigt, welche Gefahren für das Saargebiet bestehen?

Im Saargebiet ist man sich darüber im Klaren, daß die Einführung des französischen Franken als allein gesetzliche Währungsmünze die Zerschneidung eines der festesten Bänder bedeutet, die das Saargebiet mit dem übrigen Deutschland verbinden. In Frankreich ist der Triumph groß; es verbucht damit ein wesentliches Argument zu seinen Gunsten, auf das, obwohl es damals noch nicht bestand, Clemenceau seine Annexionsforderungen hinsichtlich des Saargebiets verwies: wirtschaftlicher Zusammenhang des Saargebiets mit Frankreich. Nimmt man hierzu noch die französische Zollpolitik, die erst im Jahre 1925 ihre volle Auswirkung erfahren wird, so muß zugestanden werden, daß Frankreich die wirtschaftliche Umstellung des Saargebiets heute schon in vollem Umfange gelungen ist. Präsident Kault als Beauftragter des Völkerbundes hat Frankreich gegenüber seine Pflicht getan. Auch dem Völkerbund gegenüber? Diese Frage ist ihm nebensächlich. Er weiß, wenn je seine Abberufung erfolgen sollte, er hat vollendete Tatsachen geschaffen, die bei der Auswertung des Abstimmungsergebnisses im Jahre 1935 eine ausschlaggebende

Rolle spielen werden, wenn Frankreich es überhaupt dazu kommen läßt. Man beobachte die erneute Tätigkeit der französischen Annexionspresse, und man wird die Befürchtung nicht los, daß Frankreich sich mit seinem neuen Erfolg im Saargebiet nicht begnügen wird.

Hat man diesen Vorgängen in der deutschen Presse, im deutschen Volke die erforderliche Aufmerksamkeit entgegengebracht, hat man bemerkt, daß die Maßnahmen der Saarregierungs-kommission das Saargebiet von Deutschland völlig losgelöst haben? Leider nein. Da schweigt man sich aus und wird eines schönen Tages erstaunt sein, zu vernehmen, daß das Saargebiet aufgehört hat, deutscher Reichsbestandteil zu sein. Wir sind hierzu auf dem besten Wege; denn ein Deutscher gilt im Saargebiet heute schon als Ausländer, der mit der deutschen Mark in ungünstiger Währung zahlen würde.

Das, nicht mehr und nicht weniger, bedeutet die Einführung des französischen Franken als allein gültige Währung im Saargebiet!

Wer ist Herr Kault?

Der Präsident der vom Völkerbund eingesetzten Saarregierungs-kommission, französischer Staatsrat, der beim Antritt seines Trennhänderpostens im Saargebiet in einer „Proklamation“ an das saarländische Volk erklärte, er habe für die Dauer seiner Berufung auf den Vertrauensposten des Völkerbundes aufgehört Franzose zu sein.

Hat er diese feierlich abgegebene Erklärung innegehalten? Er erklärte in einer Besprechung mit dem Führer der freien Gewerkschaften im Saargebiet, Kimmrich, daß er in einem Telegramm aus Paris die Anweisung erhielt, den Streik der Bergarbeiter an der Saar mit allen Mitteln zu beenden. Entsprechend dieser Anweisung wurde, nachdem die Arbeiter das Diktat der Bergwerksdirektion nicht annahmen, die Verordnung zur Beschränkung der Koalitionsfreiheit erlassen; wenn es nötig erscheine, werde er nicht davor zurückschrecken, die Gewerkschaften aufzulösen und ihre Kassen zu beschlagnahmen! Nach Beendigung der Saardebatte in Genf begab sich Herr Kault zu Herrn Poincaré, um die Lage mit ihm zu besprechen. Es steht fest, daß Herr Kault sich noch nicht in einem einzigen Falle zur Besprechung der politischen Lage mit der deutschen Regierung in Verbindung gesetzt hat.

Herr Kault ist also abhängig von der französischen Regierung.

Herr Kault hat nach Genf berichtet, im Saargebiet bestünden geheime deutsche Organisationen, die auf eine Beseitigung des bestehenden Regimes hinarbeiteten, was durch das Ergebnis zahlreicher Hausdurchsuchungen festgestellt sei. Tatsächlich haben die Hausdurchsuchungen keinerlei belastendes Material für irgendeine Person, höchstens für die Stelle, die diese Hausdurchsuchungen veranlaßte, ergeben. Das ergibt sich am besten aus dem Schreiben des von den Hausdurchsuchungen betroffenen katholischen Pfarrers Bungen, auf das Herr Kault bisher keine Antwort gegeben hat. Das ist auch bei der englischen Unterhausdebatte am 10. Mai festgestellt worden, wo das Parlamentsmitglied Fisher ausdrücklich erklärte: „Zahlreiche Beschwerden, die gegen die Deutsche vorgebracht wurden, haben sich bei der Untersuchung als unbegründet erwiesen.“

Herrn Kaults Bericht nach Genf entsprach also nicht den Tatsachen!

Herr Kault hat bei Besprechung der sogenannten Notverordnung in Genf behauptet, diese Notverordnung sei von der Saarregierungs-kommission einstimmig gefaßt worden. Sie habe auch die Zustimmung des Studienausschusses erhalten. Der schwedische Ministerpräsident Branting hat in einem Interview und der englische Unterrichtsminister Wood im englischen Unterhause (beide sind Delegierte des Völkerbundes) erklärt, daß die Verordnung nur mit den drei Stimmen des französischen Vorsitzenden, des Belgiers und des französischenfreundlichen Dänen gegen die Stimme des kanadischen Mitgliedes und unter Stimmenthaltung des saarländischen Mitgliedes, also mit der kleinstmöglichen Mehrheit zur Annahme gelangte, und daß der Studienausschuß nur eine bedingte Zustimmung von weitgehenden Abänderungen abhängig gemacht hat.

Herr Kault hat also wesentlich zwei falsche Tatsachen behauptet!

Herr Kault hat in wiederholten Berichten nach Genf berichtet und hat zahlreichen französischen Journalisten erklärt, im Saargebiet würde eine fieberhafte deutsche Propaganda betrieben, die von Berlin aus unterstützt und geleitet würde, und die das Ziel verfolge, die Bevölkerung für eine deutsche Abstimmung zu beeinflussen. Herr Kault hat keinerlei Berichte nach Genf darüber gesandt, daß im Saargebiet nur eine rein deutsche Bevölkerung lebt, die durch keine Propaganda zugunsten Deutschlands zu beeinflussen ist.

da ihre Überzeugung feststeht, er hat nicht berichtet, daß im Saargebiet ein französisches Propagandabüro unter dem französischen Generalkonsultar Richert arbeitet, das in ständiger Verbindung mit der politischen Polizei der Saarregierung steht, die von französischen Offizieren (Rollin, Martin und Gen.) geleitet, das ein französisches Propagandablatt, der „Neue Saarkurier“, in Saarbrücken herausgegeben wird, das monatlich 15 000 Franks über Herrn Röschlin, Beamter der französischen Bergverwaltung, vom Quai d'Orsay als Unterstützung erhält, er hat nichts davon berichtet, daß die französische Regierung ständig in die Verwaltungsangelegenheiten des Völkerbundes im Saargebiet eingreift.

Herr Kault erstattet also tendenziöse Berichte!

Herr Kault hat trotz der Ablehnung durch den Landesrat, trotz der durchschlagenden Einwände der wirtschaftlichen Organisationen und Verbände des Saargebiets, trotz der entgegenstehenden Bestimmungen des Saarstatuts mit Verordnung vom 20. Mai d. J. die Einführung des französischen Franken als allein gültige Zahlungsmünze im Saargebiet diktiert und die deutsche Markwährung an der Saar beseitigt. Er hat damit einen Auftrag von Paris ausgeführt und einen weiteren Schritt zur Lösung des Saargebiets von Deutschland getan.

Herr Kault hat also seine Pflicht als Trennhänder und als Beauftragter des Völkerbundes gänzlich verlegt.

Ähnlich ist es mit den Berichten Kaults über die Frankensfrage, über die Wirtschaftslage im Saargebiet, über die Stimmung der Bevölkerung usw.

Wie nennt man den Mann, der pflichtwidrig sein Amt führt, falsche Berichte verfaßt und unwahre Behauptungen aufstellt?

Die kommunalen Wahlen im Saargebiet.

Als Termin für die diesjährigen Kreis- und Gemeinderatswahlen ist der 8. Juli (Sonntag) in Aussicht genommen. Es soll gleichzeitig für beide Körperschaften mit verschiedenen farbigen Stimmzetteln gewählt werden.

Wahlberechtigt sind nur diejenigen, welche die Eigenschaft als „Saareinwohner“ besitzen. Die Frist zum Erwerb dieser Eigenschaft zwecks Eintragung in die Wählerliste läuft am 1. Juni ab. Somit dürften viele an der Ausübung ihrer Wahlrechte gehindert sein, da sie sich diese Eigenschaft noch nicht erworben haben und in der kurzen Zeit auch nicht erwerben werden. Das stark bekämpfte freie Listensystem ist beibehalten worden, obwohl die politischen Parteien schon vor Monaten erneut den Antrag auf Einführung der gebundenen Listen wie bei den Landratswahlen gestellt haben.

Jeder Deutsche muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ sein!

Anmeldungen bei der

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11

Königsgräber Straße 94 II als Einzelmitglieder oder bei den zahlreichen Ortsgruppen in 90 Städten des Deutschen Reiches.

Die Notverordnung im Landesrat.

Am 15. und 16. Mai stand die Verordnung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Saargebiet zur Besprechung im Landesrat. Regierungskommissar Biesch fiel die undankbare Aufgabe zu.

Diese Notverordnung zu begründen.

Über die, wie ein Abgeordneter sagte, die ganze Welt bereits den Stab gebrochen habe. Der Regierungskommissar legte, fortwährend unterbrochen von Protesten der Abgeordneten und auch des stark vertretenen Publikums, dar, daß vor Erlass der Verordnung die Gefahr bestanden habe, daß ein Teil der Bevölkerung gegen den anderen aufgehetzt werde (??), namentlich seien es die Beamten, die sich der Regierungskommission zur Verfügung gestellt haben, die Beamten und Angestellten der Bergwerke, die unter derartigen Verhörungen schwer zu leiden gehabt hätten. Dazu sei der Streit gekommen, und schließlich habe das Vorhandensein geheimer Organisationen im Saargebiet die Regierungskommission vor die Notwendigkeit gestellt, durch Erlass der Notverordnung einzukreiten. Diese Verordnung sei, wie der Redner im einzelnen ausführte, beinahe eine Abschrift des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik, dem man die praktisch brauchbaren Paragraphen entnommen habe. Der Regierungsvertreter wandte sich dann den Presseverboten zu und betonte zunächst, daß bis zum Erlass der Verordnung die saarländische Presse eine Freiheit (1) (man braucht nur an die Ausweisung der saarländischen Redakteure zu erinnern. D. A.) genossen habe, wie sie kein Land sonst kenne. Sie habe aber ihre Stellung dazu benützt, die Bevölkerung zu verhetzen und aufzureizen, und somit sei die Notverordnung zu Recht auf sie angewendet worden. Zur rechtlichen Begründung der Verordnung übergehend, betonte der Redner insbesondere, daß das Obergericht in Saarlouis im Falle des Verbots der „Arbeiterzeitung“ die Beschwerde des Blattes verworfen habe. Wenn die Notverordnung außer in den Presseverboten bisher nicht in die Erscheinung getreten sei, so beweise das nicht etwa, daß diese Verordnung eben überflüssig gewesen sei, sondern daß sie ihren Zweck, vorbeugend zu wirken, erreicht habe.

In der Generaldebatte ergriff als erster Redner Abg. Levaucher (Str.) das Wort. Er wies zunächst darauf hin, daß das Vorgehen der Regierungskommission in dieser Angelegenheit den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufe, denen zufolge die Verordnung, bevor sie erlassen werden konnte, dem Landesrat hätte zur Begutachtung vorgelegt werden müssen. Das sei nicht nur nicht geschehen, sondern in der drei Tage nach Erlass der Verordnung stattgefundenen Sitzung des Landesrates sei diesem die Besprechung der Verordnung sogar ausdrücklich untersagt worden. Damit nicht genug, habe der Präsident der Regierungskommission, Rault, bereits in Genf erklärt, daß er die Verordnung nicht aufheben werde, auch wenn der Landesrat sie ablehnen würde. Gegen diese

offenkundige Mißachtung des Landesrates

als Vertreter der Bevölkerung wird protestiert. Seitens der Regierungskommission sei ferner in Genf erklärt worden, daß die Verordnung einstimmig beschlossen worden sei. Wie inzwischen festgestellt, treffe das nicht zu. Das kanadische Mitglied der Regierungskommission habe dagegen gestimmt, während das damalige saarländische Mitglied sich der Stimme enthalten habe. Auch die in Genf abgegebene Erklärung, der Studienauschuß habe sich grundsätzlich mit der Verordnung einverstanden erklärt, sei unrichtig gewesen und werde von Mitgliedern des Studienauschusses selbst bestritten. Was die Verordnung selbst angeht, so verwies der Redner auf die Tatsache, daß das englische Unterhaus sie einstimmig für ungültig erklärt habe, und der schwedische Vertreter im Völkerbunde, Branting, habe erklärt, daß dieses Gesetz zu den absurdesten Konsequenzen führe. Der Redner wies dann nach, daß ein Vergleich mit dem deutschen Reichsgesetz zum Schutze der Republik abwegig sei, da der Erlass dieses Gesetzes ganz andere Voraussetzungen zur Grundlage gehabt habe. Die „Notwendigkeit“ der Verordnung erbelle übrigens aus der Tatsache, daß der Regierungsvertreter, um den Erlass dieser Verordnung vom 7. März zu begründen, einen Vorgang vom 15. Januar habe heranziehen müssen. Der Redner wandte sich sodann der Entscheidung des Obergerichts in der Sache der „Arbeiterzeitung“ zu und wies u. a. darauf hin, daß gerade dieses Obergerichtsgesetz, dem die Regierungskommission die Entscheidung übertragen habe, vom Kreistage einstimmig abgelehnt worden sei. Was die angebliche

Belästigung des „anderen Teils der Bevölkerung“

angehe, so sei der Regierungsvertreter den Beweis schuldig geblieben. Tatsache hingegen sei, daß die Saarbevölkerung unter Zwangseinquartierungen und unter dem widerrechtlich im Saargebiet sich aufhaltenden französischen Militär schwer zu leiden

habe. Allerdings habe man bisher nicht gehört, daß die Verordnung zur Linderung solcher Leiden angewandt worden sei. Was die Beilegung des Bergarbeiterstreiks anlange, so sei der Regierungskommission der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie nichts dazu getan habe, daß sie im Gegenteil die verschiedenen Anregungen des Landesrates unbeachtet gelassen habe. Daß der Streit ein politischer gewesen sei, wie zur Begründung der Verordnung seitens der Regierung in Genf behauptet worden sei, wurde an Hand von Beweisen vom Redner bestritten. Wenn der Streit mit deutschem Gelde unterhalten worden sei, so sei das Geld der deutschen Gewerkschaften gewesen, die das gesetzlich garantierte Recht hätten, ihre Mitglieder im Saargebiet zu unterstützen. Abg. Levaucher schloß seine oft von Beifall unterbrochenen Darlegungen mit dem Wunsche, daß auch über dem Saargebiet die Sonne wieder aufgehen werde, und zwar, da man sich den Naturgesetzen nicht entgegenstellen könne, im Osten!

Als sozialdemokratischer Redner trat Abg. Dr. Sender auf. Er sagte u. a.:

Das Schicksal des Saargebiets wird sich mit dem Schicksal Deutschlands erfüllen und gemäß dem Willen der Bevölkerung. Ein so merkwürdiges Gebilde wie das Saargebiet kann nur dunkler Tätigkeit seine Entstehung verdanken. Als es den französischen Machthabern nicht gelang, das Saargebiet restlos zu annektieren, griff Clemenceau zu einer großartigen, nichts-würdigen Lüge und betörte Wilson und Lloyd George. So vollendete sich in historisch-ironischer Form die Stunde der Geburt eines Saargebietes auf einer groben historischen Lüge. Das wunderschöne Kind erhielt den hübschen Namen „Saarbeden-gebiet“ oder „Bassin de la Sarre“. Die militaristisch-imperialistische Minderheit, die wie damals auch heute noch das französische Volk in Schach hält, hatte in ihrem Heißhunger hinsichtlich des Saargebiets nur einen Teil ihrer Ziele erreicht.

Von jener Minderheit, deren Häupter Poincaré und Darcac sind, gehen auch die Richtlinien aus für die Tätigkeit der französischen orientierten Mitglieder innerhalb der Regierungskommission des Saargebiets; und wenn es ein Prozeßverfahren in dieser Beziehung gäbe, so möchte ich dem Herrn Präsidenten Rault einen Eid darüber zuschieben, daß ihm

jene Richtlinien in Paris

schon mehrfach gegeben worden sind. Ich glaube, den Eid könnte er nicht leisten.

Es ist unsere Auffassung, daß das Ziel dieser Mitglieder weniger auf das Wohl der Bevölkerung als auf die Losreißung des Saargebiets von Deutschland gerichtet ist. Diesem Ziel soll auch die Notverordnung vom 7. März 1923 dienen, die die einhellige Empörung der gesamten Bevölkerung erregt hat.

Ich möchte daher der Regierungskommission für ihre treffliche Vorkampfarbeit gegen die Annexion unseren heißen, inniggefühlten Dank aussprechen.

Dr. Sender kommt dann auf den Studienauschuß zu sprechen, von dem Rault bekanntlich berichtete, er habe die Notverordnung im Prinzip gebilligt. In Genf weiß man nicht, daß der Studienauschuß unter der Oberfläche tagt und ein Geheimverfahren übt. Man kennt in Genf auch die Zusammensetzung des Studienauschusses nicht und weiß nicht, daß er zum Teil aus Dieblingen der Regierungskommission zu bestehen scheint. Einzelne Mitglieder des Studienauschusses sagten,

Herr Rault habe in Genf die Unwahrheit gesagt.

Die Bevölkerung, das ist das Erste an dieser Betrachtung, wird sich die schuldigen Männer ins Gehirn hineinschreiben. Die Namen werden tief im Gedächtnis wurzeln, bis einst in diese Dunkelheit die helle Sonne scheint. Das Volk läßt auf die Dauer nicht so mit sich spotten.

Die moralischen Unterlagen dieser Notverordnung, die im sehr hübscher und vorfichtiger Weise „Ordinance provisoire“ genannt wird, hat Asquith im englischen Unterhause mit den Worten gekennzeichnet: „Der Erlass kann weder moralisch, noch legal gerechtfertigt werden.“

Er kommt dann auf die Anklagen Raults in Genf gegen die deutsche Saarpresse zu sprechen und sagt hierzu u. a.: Leute, die vor drei Jahren noch nicht hier registriert haben, glauben, der Bevölkerung ihre Haltung vorschreiben zu können. Wir sind nicht in der Lage, zu billigen, daß die Regierungskommission sich als eine Unterabteilung der Interalliierten Rheinlandkommission gehärdet. So liegen die Dinge nicht.

Die Regierung müßte endlich innerwerden, daß sie eigentlich eine Völkerbundsregierung und ein dem Völkerbund unterworfenen Organ ist. Die Dokumente und Nachrichten, die uns zur Verfügung stehen, sind in der Beziehung so betrüblicher

Natur, daß man zu der Auffassung kommt, hier kann man wirklich nur fromme Wünsche haben. Einstweilen gestatte ich mir, die Regierungskommission und ihre Vertreter einzuladen, nach diesen Dokumenten einmal zu schauen.

Herr Rault behauptet weiter, außergewöhnliche Umstände hätten die Notverordnung notwendig gemacht. Es ist mit Recht gesagt worden, diese Darlegung basiere in Wirklichkeit auf einer grenzenlosen Unkenntnis der Organisationen, des ganzen Aufbaues der Gewerkschaften und ihrer Solidarität. Das ist auch die Auffassung unseres Parteifreundes Branting, denn ich kann Ihnen sagen, daß er mir persönlich gesagt hat, es scheine, als ob es sich hier um den Kampf gegen Gewerkschaften und deren Zerstörung handle. Herr Rault mag sehr vorsichtig sein, und ich empfehle ihm, nicht zu hoch zu sein, denn die Gewerkschaften sind eine Macht, die auch früher da war als er. Wenn man bedenkt, daß 72 000 Bergarbeiter im Streik gestanden haben, wenn man bedenkt, daß 30 000 andere Arbeiter feiern mußten, insgesamt 100 000 Arbeiter, und wenn man bedenkt, daß diese Männer auch Familien haben, so ergibt das über eine halbe Million wochenlang arbeitsloser und in ihrer Existenz gefährdeter Menschen. Wenn man weiter bedenkt, daß der Streik 14 Wochen gedauert hat, und wenn man schließlich noch bedenkt, daß im Saargebiet nur 700 000 Menschen überhaupt vorhanden sind, dann muß man eine grenzenlose Bewunderung empfinden für die muster-gültige Ruhe und Disziplin, mit der sich der Streik vollzogen hat. (Sehr richtig, sehr gut!) So sehen die „außerordentlichen Umstände“ aus, die Herr Rault zum Beweise anführte.

Es wird nun heute seitens des Herrn Regierungsvertreters vorgetragen, es seien die außergewöhnlichen Umstände auch darin zu erblicken gewesen, daß Mißhandlungen von Beamten von der Bergwerksdirektion vorgekommen seien. Diese Fälle kennen, wenn sie vorgekommen sind und wenn die Auffassung der Regierungskommission nicht ganz auf übertriebenen Epithelen beruht, so harmlose Vorgänge zu sein, daß man mit einer derartigen Notverordnung,

Ruehung und Ruebelung

nicht antworten darf. Dann muß immer wieder darauf verwiesen werden, daß der Schutz der Bevölkerung nach wie vor im Saargebiet nicht gegeben ist und daß die Todesopfer, ich erinnere an den Fall Jennewein, heute noch eine ernsthafte Sühne nicht gefunden haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang den Herrn Regierungsvertreter weiter daran erinnern, daß wir im Saargebiet während des Streikes zwei Schwerverletzte und zwei Tote zu beklagen haben, erschlagen und verletzt durch Streikbrecher. (Zwischenruf: Noch viel mehr!) Warum werden derartige Vorgänge unterschlagen? Darf sich denn der Präsident Rault erlauben, die auf den Streik bezüglichen Gerichtsurteile der Strafkammern und Schöffengerichte in einer recht merkwürdigen Art und Weise als partiell zu bezeichnen? (Hört, hört!) Das sind sehr merkwürdige Dinge!

Es wurde weiter seitens des Herrn Rault in Genf die Notverordnung begründet mit den geheimen Bünden. In dieser Beziehung sagt das amtliche Communiqué, die Regierungskommission habe Nachrichten darüber empfangen, daß geheime Verbindungen im Saargebiet am Wert seien. (Hu!) Das hört sich ja fürchterlich an.

Ich bitte den Herrn Regierungsvertreter, uns einmal eine Statistik über die bisherigen Morde an Regierungsmitgliedern vorzulegen. Außer Hector ist keiner ermordet worden! (Große Heiterkeit im ganzen Haus.)

Die „geheimen Verbindungen sind am Wert“. Darauf führe ich es zurück, wenn die Notverordnung den unter Strafe stellt, wer geheime Waffenlager hat. Ich bitte den Herrn Regierungsvertreter, uns eine Statistik vorzulegen, wieviel Geschütze, Tanks, Minenwerfer und Flammenwerfer bisher im Saargebiet gefunden worden sind.

Ich darf weiter den Herrn Regierungsvertreter um das statistische Material über die geheimen Verbindungen bitten. Ich möchte ihm mitteilen, daß

Herr Richter wieder im Lande ist, der Chef der Propaganda françaises, einer Geheimverbindung.

Nun erscheint das kanadische Mitglied der Regierungskommission in Genf. Wir hatten ihn nicht gerufen. Herr Rault auch nicht. (Heiterkeit. Zwischenruf Köhling: Ich auch nicht!) Ich habe mir aber sagen lassen, daß Herr Waugh den Ausdruck getan habe, daß die Bevölkerung an der Saar eine sehr anständige und ruhige Bevölkerung sei und daß sie die Notverordnung nicht verdient habe. Das hört sich etwas anders an, als die Meinung der anderen drei Mitglieder der Regierungskommission. (Zwischenruf: Dreieinhalb Mitglieder!)

Die offene Gegnerschaft, die sich innerhalb der Regierungskommission nun gegen Herrn Waugh wegen seiner objektiven und gerechten Stellungnahme bemerkbar macht, geht aus einer weiteren Unterredung des Gewerkschaftsführers Kimmritz mit Herrn Rault hervor. — Ich möchte angesichts solcher Widerstände deshalb an dieser Stelle nicht unterlassen, dem Regierungsmitglied Herrn Waugh für sein anständiges und mannhaftes Eintreten zugunsten einer geknechteten Bevölkerung den Dank auszusprechen (lebhaftes Bravo!), ihm weiter den Dank dafür auszusprechen, daß er ein Mann ist, der sich bemüht, in sachlicher Arbeit seine Arbeit zu tun, der sich nicht davon abbringen läßt durch politische Bestrebungen, die nach Westen gehen. Herr Rault gilt als fähiger Beamter, hat aber nicht die richtigen Ratgeber, Ratgeber, die sich nicht von Völkerbundsideen leiten lassen, und über ihm schweben dauernd

die fürchterlichen Richtlinien von Paris.

Der Druck von Paris ist es auch, der diese ganze Verordnung erzeugt, sonst nichts.

Es war ein reizender Einfall des Herrn Generalsekretärs Morize, als er unsere Denkschrift oben auf dem Schloßplatz in Saarbrücken vom 26. März bis 7. April hat ruhen lassen, statt sie nach Genf zu senden. Hinter diese Schliche sind wir gekommen. Es hat ihm nichts genutzt. Wir waren so boshaft, daß wir uns in Genf an die wandten, die Recht im Herzen empfinden. So führte uns unser Weg nach Genf. Ein mächtiges Geheul wurde in der französischen Presse angestimmt. Es regnete hübsche Beschimpfungen über uns, und wir wurden als deutsche Agitatoren genannt. Es war ein wunderbares, einheitliches Spiel der französischen Presse. Die Presse war so gut orientiert, da Herr Morize die Sache mit dem Havasvertreter geschmissen hatte. Diese Art zeigt die streng sachliche Art und Weise unserer Behandlung und weiter, daß den Saarfragen eine außergewöhnliche Bedeutung beigelegt wurde. Jedenfalls ist es gelungen, die bisherige Einstimmigkeit im Völkerbundsrat zu zertrümmern. Das ist Herrn Rault doch etwas nahegegangen.

Es wird oft gesagt, daß der Landesrat sehr einflußlos sei, er sei kein Parlament, er habe einen aufgezwungenen Präsidenten usw. Wir wissen ebenfalls ganz genau, daß die Regierungskommission uns übergeht. Wir sehen aber doch, und das möchte ich der Bevölkerung sagen, daß der Landesrat doch eine gewisse Machtposition bedeutet, ein Sprachrohr ist, ich möchte sagen, ein pädagogisches Aufklärungsmittel gegen den Schlaf innerhalb des Bassängs (richtig heißt es „Bassin“) (Heiterkeit) und gegen die Annexion außerhalb des Bassäng. Und da man unser Recht beschneidet, haben wir geglaubt, über diese Beschneidung hinwegzusehen, nach Genf zu gehen und dem Völkerbund, den zu beschimpfen wir durch die Notverordnung quasi eingeladen worden sind.

Wir danken den Herren Branting, Unden, Ransen und anderen Männern, die Veranlassung und Mühe genommen haben, sich für uns überhaupt einzusetzen. (Sehr richtig!)

Und den Herren Morize und Rault, die wir in Genf gesehen haben, rufe ich zu: „Auf Wiedersehen in Genf!“

Unser Gutachten wird heißen: Unter unserer Würde! Wir fertigen kein Gutachten über eine Verordnung, die eine Verleumdung darstellt für die ganze Bevölkerung.

Ich schließe mit einem Vers aus jener bekannten Oper:

„Fort mit dem Scheusal in die Wollschlucht!“

Regierungsvertreter Dr. Liesch benutzte die Pause zwischen dem sozialdemokratischen Redner und dem nächsten Redner, um auf die Ausführungen der beiden Vorredner über die angebliche Stellungnahme des Studienausschusses einzugehen. Er führte aus: Wenn das die Freiheit ist, die Sie meinen, dann danke ich dafür. Sie haben das Recht, ein Urteil abzugeben, aber wenn ein anderer ein Urteil abgibt, das von dem Ihren verschieden ist, dann stoßen Sie Worte aus, die sich wie eine Drohung anhören. Ueber die Stellungnahme des Studienausschusses sind die merkwürdigsten Legenden im Umlauf. Der Sachverhalt ist der folgende: Am 18. April hat der Studienausschuß eine grundsätzliche Stellungnahme zu der Notverordnung ausgesprochen, in der die Verordnung im Grundsatz gebilligt wird. Außerdem hat der Studienausschuß sich vorbehalten, noch weitere Änderungen vorzuschlagen außer denen, die er schon gleich machte, und zu ihrer Ausarbeitung einen Unterausschuß benannt, dessen Arbeiten noch heute nicht beendet sind. Das ist der Sachverhalt. Es steht Ihnen frei, weitere Maßnahmen daran zu knüpfen.

Abg. Dr. Köhling (Lib. Volksp.): Wie kommen einzelne Mitglieder des Studienausschusses dazu, ganz anderes zu erklären als Herr Dr. Liesch? (Dr. Liesch: Die Verantwortung trifft die

betreffenden Herren!) Wir werden nicht ruhen, bis wir volle Klarheit darüber haben. Sicher ist, daß niemand im Saargebiet ist, der an die Seite des Studienausschusses treten wird. Es wird niemand verlangen, daß man einer Körperschaft günstig gesonnen ist, die derartige Verordnungen gutheißt. Im übrigen beschränkte sich Dr. Köchling im wesentlichen darauf,

die innere Unwahrhaftigkeit der Notverordnung

aufzuzeigen. Angefangen von der Ueberschrift, die eigentlich Verordnung zur Unterdrückung der Saarbevölkerung heißen müßte, bis zu den einzelnen Paragraphen sei die ganze Verordnung auf Unwahrhaftigkeit aufgebaut. Waffenbesitz sei strafbar — damit wolle man der Welt zeigen, daß das Saargebiet von Waffen frohe, während es im ganzen Saargebiet außer bei dem französischen Militär keine Waffen gebe. Dann solle der Völkerbund geschützt werden — der Völkerbund, den wir als unseren einzigen Schutz ansehen, soll gegen uns geschützt werden! Und von Frankreich noch dazu! Von Frankreich, das überall den Idealen des Völkerbundes entgegenarbeitet. Die Fraktion lehne die Notverordnung ab. Ebenso stellt sich auf vollkommen ablehnenden Standpunkt der Abg. Schmoll (Haus- und Grundbesitzer) und der Kommunist Reinhard, der gleichfalls betonte, daß der wahre Grund der Notverordnung die Unterstützung der französischen Reaktion sei. Die ganze Debatte bewegte sich von Anfang bis zu Ende in einem Tone, in dem immer wieder der goldene Humor zum Durchbruch kam, der aber in Anbetracht der ganzen Angelegenheit leider nur zu oft einen bitteren Beigeschmack annahm. Nur der Regierungsvertreter Dr. Liesch nahm die Sache bitter ernst und tragisch und legte sich mit Eifer für eine Sache ins Zeug, von der der Abg. Schmoll sagte, daß die Regierungskommission von allen guten Geistern verlassen gewesen sein müsse, als sie sie veranlaßte.

Ein ungewöhnlich erregter Zwischenfall

ereignete sich am Schluß des ersten Sitzungstages. Abg. Schmoll ergriff das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. In der letzten Sitzungsperiode habe Abg. Köchling die Bemerkung gemacht: Im Jahre 1935 werde es wohl im Saargebiet niemand geben, der freiwillig Franzose werden wolle außer Herrn ... und dabei habe sich Herr Köchling nach ihm umgedreht, so daß nur er gemeint gewesen sein könne. Herr Schmoll erklärte: Der Haus- und Grundbesitzerverein hat niemals einen Zweifel gelassen, daß er auf deutschem Boden steht. Wir haben das oftmals erklärt und auch Herr Köchling weiß das. Wir hängen die Unterstellung hiermit niedriger. Mit solchen Mitteln kann man nicht kämpfen, ohne sich selbst zu beschmutzen. Die niederträchtige Verdächtigung des Herrn Köchling ist reiner Schwindel und ich weise sie auf das entschiedenste zurück. Abg. Schmoll erhält einen Ordnungsruf. Abg. Köchling verliest folgende Stelle aus dem Bericht des französischen Senators Desider Ferry über eine Studienreise nach dem Saargebiet: Am Vorabend der Wahlen wußten die Gruben noch nichts von Listen, die der französischen Sache günstig seien. Erst im letzten Augenblick bildete man eine gemischte Liste der Haus- und Grundbesitzer, ein künstliches Ding, das, wie man sich denken kann, keinen Erfolg hatte. Abg. Schmoll in höchster Erregung: Die Dreistigkeit des Herrn Köchling läßt sich nicht übertreffen. Was so ein Franzose sagt, ist mir ganz gleichgültig, und was Sie, Herr Köchling, sagen, ist mir auch ganz gleichgültig. Sie haben die Dreistigkeit, Berichte nach Deutschland und überall hin zu senden, in denen Sie mich des Verrats beschuldigen. Die Erregung des Abg. Schmoll steigert sich immer mehr, und es entsteht ein gewaltiges Durcheinander, in dem man die einzelnen Redner nicht mehr auseinander halten kann. Nur mit allergrößter Mühe kann sich die Glode des Präsidenten Ruhe verschaffen. Man hört, daß Abg. Schmelzer dem Abg. Schmoll vorwirft, bewußt oder unbewußt die Sache der französischen Annektionisten zu vertreten.

In Fortsetzung der Generaldebatte sprach am 16. Mai zunächst Abg. Dr. Scheuer (Dem.). Er begann mit einem Hinweis auf das Werden Urteil. Furchtbar sei es schon, wenn Menschen, wie es im Ruhrgebiet geschähe, physisch in Fesseln geschlagen würden, tragisch aber sei es, wenn man eine ganze Bevölkerung in geistige Fesseln lege. In Westfalen, im Ruhr- und Saargebiet werde die geistige Freiheit der Bevölkerung in unerhörte Fesseln geschlagen von den Nachkommen der Franzosen, die Ende des 18. Jahrhunderts in der großen französischen Revolution für die geistige Freiheit gekämpft hätten. Die Notverordnung, die, wie Asquith gesagt habe, weder moralisch noch legal gerechtfertigt werden könne,

tafte die Grundrechte an,

die der Bevölkerung auch durch den Versailler Vertrag nicht genommen worden seien. In den drei Jahren der Tätigkeit der Regierungskommission sei nicht ein einziger Tatbestand zu ver-

zeichnen, der unter die Notverordnung hätte fallen können, und doch rechtfertige man sie mit der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit.

Der Redner hat den Staatskommissar, ihm einen einzigen Fall von Bedrohung eines Regierungsbeamten oder eines im Saargebiet wohnenden Ausländers mitzuteilen. Dabei habe es die Regierung leichter wie jedes andere Land, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, da sie sich ja noch auf Bajonette stütze. Die Ausländer befänden sich übrigens seit drei Jahren im Lande, warum habe die Regierung mit ihrem Schutze denn so lange gewartet? Auch der angezogene Fall einer Demonstration vor der Bergwerksdirektion (Zuruf: Sie fand gar nicht vor der Bergwerksdirektion statt!) sei nicht zu verwerten, da dort die Behörde überhaupt nicht eingeschritten sei, weil sie keinen Grund gehabt habe. Der Staatskommissar habe auch davon gesprochen, daß die Regierung einen besonderen Schutz notwendig habe. Wenn das ein persönlicher Schutz sein solle, so verstehe er nicht, warum die Regierung sich nicht eine Leibgarde oder Leibgendarmesie schaffe. (Heiterkeit!) Bis jetzt hätten sich jedoch die Herren der Regierung sicher überall bewegen können. Wenn sich die Regierung auf ein Parlament nicht stützen könne, so trage sie hieran selbst die Schuld. Sie habe sich ja ein Parlament schaffen und sich das Vertrauen dieses Parlaments erwerben können, das wäre auch der beste Schutz für sie gewesen.

Der Redner geht dann auf die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts in der Frage der Zeitungsverbote ein und bezeichnet sie als unrichtig. Branting habe sich den Dank des Saarlokes erworben, daß er trotz der französischen Kampagne die Saarfrage im Völkerbundsrat angeschnitten habe. Ebenso dankbar anerkennen müsse man es, daß Herr Baugh gegen die Notverordnung gestimmt und sich selbst nach Genf begeben habe. Dagegen sei die Haltung des saarländischen Mitgliedes Herrn Land kläglich, der sich nach dem Zeugnis des englischen Delegierten Wood der Stimme enthalten habe. Diese Haltung rechtfertige übrigens das Mißtrauen, das man von Anbeginn an gegen Herrn Land gehegt habe. Bezüglich der

log. „geheimen Verbindungen“

erhebt der Redner die gleiche Forderung wie der Abg. Lebacher, das Material dem Hause zu unterbreiten. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich die Regierung zur Begründung der Notverordnung vor dem Völkerbund habe Material beschaffen wollen. Bezüglich des Streiks sei festzustellen, daß er nicht eine einzige unter die Notverordnung fallende Tat gebracht habe. Was den Studienauschuss angehe, so sei er der Meinung, daß man ihn nicht verurteilen wolle, bevor man ihn gehört habe. (Zuruf: Er läßt sich nicht hören!) Dr. Scheuer unterstreicht diesen Zuruf und stellt die Forderung auf, daß eine Schweigepflicht, einerlei, ob sie die Regierung oder der Studienauschuss beschließen hätte, aufgehoben werden müsse. Die Mitglieder des Studienauschusses seien es sich selber schuldig, die Öffentlichkeit über ihre Stellungnahme aufzuklären. Er persönlich sei von seinem Parteifreund und Mitglied des Studienauschusses Köhl ermächtigt, festzustellen, daß er (Köhl) von vornherein gegen die Notverordnung gestimmt habe (hört, hört!) und daß er in der fatalen Sitzung vom 18. April nicht zugegen gewesen sei. Er habe dem Herrn Staatskommissar Dr. Liesch einen Brief geschrieben und ihn gebeten, diese Angaben zu bestätigen. (Staatskommissar Dr. Liesch: Ich habe keinen Anlaß, zu widersprechen.) Der Redner findet es bezeichnend, daß der Präsident Raut in Genf wohl die Stellungnahme des Studienauschusses erwähnt habe, nicht aber die gleich nach Erscheinen der Notverordnung abgegebene Erklärung des Landesrates. Diese Erklärung der gewählten Vertreter habe man absichtlich unerwähnt gelassen. Dr. Scheuer weist sodann auf das Gute hin, das die Notverordnung als Teil jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft, gebracht habe: die Beiprehung der Saarfrage in Genf und im Unterhaus. Er begrüße es, daß England die Initiative zu einer

Entsendung einer Untersuchungskommission ins Saargebiet

ergriffen habe und hoffe nur, daß diese Kommission sich nicht, wie es bisher üblich gewesen sei, nur bei der Regierung Auskünfte besorge.

Der wahre Grund für den Erlass der „Notverordnung“ ergibt sich aus folgendem: Frankreich wolle, wie das auch der Dariac-Bericht gezeigt habe, seit einiger Zeit eine andere Lösung der Saarfrage, als Teil des französischen Problems, das auf Lösung des ganzen linken Rheinufers vom Reiche gerichtet sei. Dazu gehöre Anebelung der öffentlichen Meinung, Zerstörung der Gewerkschaften. Der Angriff auf die letzteren sei diesmal glücklicherweise vereitelt worden. Als Völkerbund-

regierung habe die Regierungskommission ihr Amt im Geiste des Friedens und der Versöhnung auszuüben, leider müsse man feststellen, daß ihre Regierung nicht in diesem Sinne liege. Es sei vielleicht noch nicht zu spät, die von ihr geschaffene Kluft zwischen sich und der Bevölkerung zu überbrücken, dazu gehöre aber eine Uenderung des Kurses von Grund auf und vor allem die Aufhebung der Not- und Streikverordnung. Der Redner schloß: Pfarrer Bungarten habe einen offenen Brief an den Präsidenten Kault gerichtet. Er möchte ein offenes Wort an ihn richten und dazu eine poetische Reminiszenz zu Hilfe nehmen. Wie Marquis Posa in Schillers „Don Carlos“ König Philipp zurufe: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“, so rufe er:

„Herr Präsident, geben Sie der Bevölkerung des Saar-gebiets Gedankenfreiheit!“

Abg. Bey (Soz.) betonte, daß überall in der Weltgeschichte, wo die Regierenden sich der Gewalt bedient hätten, auch die Regierten in immer härterem Maße sich der Gewalt bedient hätten. Aber jedes Gewaltregime habe schließlich sein Ende gefunden. Wir würden es begrüßen, wenn wir auch an der Saar etwas von dem freiheitlichen Geist des Völkerbundes verspüren würden, denn das sei ja das Ziel der Sozialdemokratie, daß sie nach Völkerverständigung strebe. Die Liebe zur Heimat veranlasse alle Deutsche im Saargebiet zu ihrem Kampfe gegen das Gewaltregime, sie sei es, die ihnen die Kraft verleihe, ihn mit Kraft und Stolz weiter zu führen, und die Regierung müsse bedenken, daß wir uns an der deutschen Saar befinden, nicht aber am französischen Kongo.

Der Kommunist Reinhard verliest eine Verordnung der Regierungskommission vor Erlass der sogenannten Streikverordnung, in der die Regierungskommission das Streikpostenstreiken für die lothringischen Streikenden verboten habe. Er verlangt Aufklärung über diesen Verfassungsbruch des Präsidenten Kault. Er wartete vergebens.

Schließlich nahm sich Abg. Scheuer (Ztr.) in warmen Worten der Presse an. Er führte aus, dunkler als Gottes Wege noch seien die Pläne der Saarregierung. Womit hat Herr Kault in Genf die Verordnung begründet? Man erfährt das am besten aus den Erklärungen des englischen Unterrichtsministers Wood, besser als aus den Erklärungen des Regierungsvertreters Liesch; aus jenen Erklärungen geht hervor, daß die Verordnung namentlich gegen die angeblich subventionierte Presse gerichtet sei, von der Herr Dr. Liesch behauptet, daß sie sich einer Freiheit erfreue, wie in keinem anderen Lande der Welt. Aber das ist unrichtig, gegen die Presse war dieses Vorgehen am allerwenigsten nötig. Der Redner geht näher auf die Verbote der saarländischen Zeitungen ein, die ganz und gar unbegreiflich waren, denn von allen in Erscheinung getretenen Verböten komme im schlimmsten Falle eines in Frage, das in einen ferneren Zusammenhang mit der „Ruhe und Ordnung“ im Saargebiet gebracht werden könnte, bei allen anderen Vorgängen handelt es sich um Meldungen über Tatsachenvorgänge im Ruhrgebiet, die noch nicht einmal unwahr waren. Die Presse verlange keine Schimpffreiheit, aber das Strafgesetz reiche für alle evtl. Delikte aus, im übrigen gelte auch für die Presse das Wort des Apostels aus dem bekannten Briefe des Pfarrers Bungarten: Seid untertan der Obrigkeit nicht nur der guten, sondern auch der schlimmen. Eine Subventionierung aber weise die Presse auf das entschiedenste zurück.

Nach dem Abg. Scheuer gibt Dr. Liesch die Erklärung ab, daß der vorliegende Text der Verordnung nur ein provisorischer sei, und daß die Regierungskommission beabsichtige, ihn nach dem Gutachten des Landesrates zu ändern.

Darauf ziehen sich die Fraktionsvorsitzenden zu kurzer Beratung zurück und geben durch den Abg. Kiefer die nachstehende Erklärung ab:

„Sämtliche Parteien des Landesrates lehnen es als unwürdig ab, zu der sogenannten Notverordnung ein Gutachten abzugeben.“

Nach Verweisung verschiedener anderer Vorlagen an die zuständigen Kommissionen vertagte sich der Landesrat auf unbestimmte Zeit.

Ein Opfer der Maulkorbverordnung.

Verhaftet wurde ein Schreinermeister in Wellesweiler, der Aussagen gemacht haben soll, die gegen die Bestimmungen der Notverordnung verstoßen.

**Nicht nur Rhein und Ruhr,
sondern stets Rhein, Ruhr und Saar!**

Der Landesrat zur Streikverordnung.

Vertagung zum Zeichen des Protestes.

Der Landesrat hatte sich am 14. Mai nach längerer Pause wieder zu einer öffentlichen Sitzung zusammengefunden. Unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung ergriff der Abg. Petry (Soz.) das Wort und verlas im Namen sämtlicher Fraktionen des Landesrats folgende

gemeinsame Erklärung:

Am 7. März 1923 hat die Regierungskommission des Saargebietes eine sogenannte Notverordnung erlassen, die in ihrer Auswirkung die Knechtung der Bevölkerung und die Unterdrückung der Wahrheit bedeutet. Am 2. Mai hat sie eine neue unerhörte Verordnung erlassen, durch die sie das in allen Staaten anerkannte und heilig behütete Koalitionsrecht der Arbeiter zu einem wesenlosen Schein herabdrückt.

Dieser Beseitigung eines Grundrechtes der arbeitenden Bevölkerung tritt der gesamte Landesrat auf das allerhöchste entgegen und erhebt vor aller Welt den entschiedensten Protest.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat ohne berechtigten Grund, offenbar auf Anweisung der Pariser Regierung, in dem großen Lohnkampfe der 72 000 Saarbergleute, der bereits 14 Wochen in einzig dastehender Ruhe und Disziplin trotz aller erdenklichen Provokationen geführt wurde, einseitig die Partei der französischen Grubenverwaltung ergriffen.

Die Verordnung vom 2. Mai ist ein neuer Bruch des Versailler Vertrages.

Die Verordnung ist ungesetzlich; sie ist ohne Befragen des Landesrats erlassen worden.

Die Koalitionsfreiheit ist ein durch den Versailler Vertrag dem Saargebiet garantiertes Recht, zu dessen Abänderung nicht die Regierungskommission, sondern nur die Signatarmächte des Versailler Vertrages befugt sind.

§ 23 Abs. 4 des Saarstatuts verpflichtet die Regierungskommission ausdrücklich, bei Festlegung der Arbeitsbedingungen die vom Völkerbund angenommenen Grundsätze zu berücksichtigen.

Die alliierten und assoziierten Mächte haben in einer besonderen Erklärung der deutschen Regierung die feierliche Zusicherung gegeben, daß im Saargebiet „alle bestehenden Bürgschaften zum Nutzen der Arbeiter erhalten werden, und daß die neuen Gesetze den Grundsätzen entsprechen werden, die für den Völkerbund angenommen sind.“

Als ein Grundsatz von besonderer Bedeutung wird im Versailler Vertrag, Teil XIII, Art. 427 erklärt: „das Recht des Zusammenschlusses zu allen nicht dem Gesetz zuwiderlaufenden Zwecken sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber“, und zwar „in Anerkennung des Grundsatzes der Freiheit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses“.

Es ist also klar, daß die Koalitionsfreiheit ein Grundrecht des Saargebietes ist, zu dessen Beseitigung die Regierungskommission unter keinen Umständen befugt ist.

Die Verordnung vom 2. Mai bedeutet somit eine schwere Verletzung des Versailler Vertrages und der von den Signatarmächten für den Völkerbund aufgestellten Grundsätze und damit eine erneute Bräskierung des Völkerbundes selbst durch ein ihm unterstehendes Organ.

Die Verordnung ist ein Ausnahmengesetz schlimmster Art, das sich in der Praxis, insbesondere gegen die Arbeiter auswirken wird. Es stellt Streikende unter ein Ausnahmestrafrecht, das heute in der übrigen Welt seinesgleichen nicht findet.

Der Landesrat klagt die Regierungskommission vor aller Welt an, daß sie ihre vornehmste, ihr durch den Versailler Vertrag gestellte Aufgabe: für die Wohlfahrt der Saarbevölkerung zu sorgen, wiederum in unerhörter Weise verletzt hat. Die Regierungskommission macht die Bevölkerung zum Objekt ihrer einseitigen politischen Bestrebungen. Sie macht das Saargebiet, das einzige der Obhut des Völkerbundes unmittelbar anvertraute Land, zur Einöde einer Arbeiterklaverei.

Auf diese Weise macht die Regierungskommission ein Zusammenarbeiten mit der Bevölkerung und ihrer Vertretung, dem Landesrat, unmöglich. Der Landesrat ist aber nicht gesonnen, sich diesen Handlungen der Regierung zu unterwerfen. Er wird sie mit allen ihm zu Gebote stehenden zulässigen Mitteln bekämpfen.

Das Recht hat immer noch über die Gewalt den Sieg davongetragen.

Abg. Petry (Soz.) beantragt hierauf, die Sitzung zum Zeichen des Protestes aufzuheben.

Da der Antrag einstimmig angenommen wird, schließt der Präsident die Sitzung.

Branting über die Behandlung der Saarfragen in Genf.

Die sogen. Rotverordnung wurde auf einen Druck von Paris erlassen. — Land als Nachfolger Hector's von den Franzosen verlangt.

Der bisherige schwedische Ministerpräsident Branting hat nach seiner Rückkehr aus Genf einem Vertreter des führenden sozialistischen Organs Schwedens, „Sozialdemokraten“, wertvolle Angaben über den Verlauf der Sitzung des Völkerbundesrates gemacht, in der die Saarfragen behandelt wurden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß unter allen neutralen Staaten in erster Linie Schweden das einzige Land ist, dessen Presse und politische Persönlichkeiten sich in eingehender, sachlicher Weise mit den Saarfragen beschäftigen. Alle führenden schwedischen Zeitungen haben nicht einmal, sondern in fortgesetzten Abhandlungen sich mit den Vorgängen an der Saar befaßt. Und es zeugt von unerklärlichem Rechtsempfinden, daß sie das Regime an der Saar und die dahinterstehenden französischen Annexionsmethoden aufs schärfste kritisierten und den Völkerbund an seine Pflicht erinnerten, seine Aufgaben als Treuhänder nach völlig unbefangenen, unparteiischen Gesichtspunkten zu erfüllen. Bekanntlich gehört Schweden zu jenen neutralen Staaten, die dem Völkerbund beitraten, um die hohen Ideale des Völkerrechts, der Völkerverständigung, des Völkerfriedens, des Selbstbestimmungsrechts der Völker zum Siege zu verhelfen. Aber diese Staaten, die es ehrlich meinen, befinden sich in keiner guten Gesellschaft; sie können sich nicht durchsetzen, da die großen Staaten und diejenigen, die in schamlos feiger Weise den hohen Völkerbundsgedanken in den Rahmen des Völkerbundsstatuts brachten, den Völkerbund nur benutzen wollen, um ihre Politik der Vergewaltigung der Kleinen und Schwachen im Namen des Völkerbundes durchzuführen.

Das Saargebiet dankt es dem schwedischen Volke, daß es sich für die wahren Völkerbunds Ideale im allgemeinen und für das Völkerbundsland an der Saar im besonderen mit allen Kräften eingesetzt hat. Mit besonderer Genugtuung hat man auch an der Saar vernommen und in Genf persönlich festgestellt, daß die schwedischen Vertreter im Völkerbundsrat wiederholt versucht haben, Geist und Sinn der Saarkonventionsbestimmungen entgegen den französischen Annexionsversuchen zur Anwendung zu bringen.

Ueber die Verhandlungen der Saarfragen auf der letzten Völkerbundstagung haben wir in unserer letzten Nummer berichtet, und zwar auf Grund von Meldungen, die von den verschiedensten Seiten darüber vorlagen. Aus dem Munde Brantings erfahren wir nun durch „Sozialdemokraten“ näheres über den Verlauf, erfahren, daß die französischen Ziele im Saargebiet auch in Genf bekannt sind, daß aber andererseits der französische Einfluß im Völkerbund noch immer so stark ist, daß Recht und Gerechtigkeit sich noch immer nicht durchsetzen vermögen. Branting sagte hierzu u. a. folgendes:

„Was die Saarfragen betrifft, so befanden sich unter diesen solche rein formellen Charakters. Die heißen Punkte waren jene, die die Ernennung eines neuen Mitgliedes der Regierungskommission für die Saar sowie die vielbesprochene Ausnahmeverordnung berührten, welche letztere die unsinnigsten Strafbestimmungen für eigentlich jedermann, der etwas zur Erleichterung des jetzigen Regimes an der Saar unternimmt, festsetzt. Auch ein Ausländer kann ja im Saargebiet diesem Gesetz gemäß bestraft werden, nicht nur, wenn er das Saargebiet, sondern auch den Versailler Vertrag, den Völkerbund oder eines seiner Mitglieder kritisiert. Die Verordnung hat, kurz gesagt,

die absurdesten Konsequenzen.

Der Vorsitzende der Regierungskommission, der Franzose Rault, versuchte im Rat diese Verordnung damit zu verteidigen, daß er auf die äußerst schwierigen Verhältnisse hinwies, die im Saargebiet herrschen. Ein Streik war, vor einigen Monaten in den Gruben ausgebrochen und hatte nach der Auffassung der Franzosen einen politischen Beigeschmack. Streikunterstützung sollte von der deutschen Regierung ausfließen, die somit zu politischen Zwecken den Streik unterstützte.

Branting hatte in seiner Antwort auf Raults Äußerung hervorgehoben, daß es ein offener Irrtum war, den Streik als eine politische Maßnahme zu betrachten. In Frankreich sieht man den germanischen Streikmethoden fremd gegenüber. Man ist an diese langwierigen Streiks nicht gewöhnt, die auf Grund von Streikunterstützung durch die betreffende Gewerkschaft vor sich gehen. Auch in diesem Falle erhalten die Grubenarbeiter im Saargebiet von der deutschen Gewerkschaft, der sie angehören, Unterstützung. Die Hypothese, daß die deutsche Regierung hinter dem Streik stehe, gründet sich auf diese mangelnde Kenntnis von der Solidarität und Widerstandskraft der nordischen und deutschen Arbeiterorganisationen und kann auf jeden Fall nicht bewiesen werden.

Rault hat sich auf den Versailler Vertrag berufen, der Frankreich das Recht gebe, über die Saargruben als Ersatz für seine zerstörten Gruben frei zu verfügen, und der die Regierungskommission beauftragte, die Durchführung dieser Bestimmungen zu sichern. Als Antwort hatte Branting sehr stark betont, daß diese Bestimmungen nicht dazu benutzt werden dürften, daß ein Konflikt auf einer Grube mit so gut wie jedem Mittel unterdrückt werden könnte. Würde man die Bestimmungen über die Ausübung der Saargruben genau nach dem Buchstaben zur Anwendung bringen, so würde dies zur

vollständigen Versterbung der Bevölkerung

führen, ein Umstand, den der Friedensvertrag nicht bezwecken könne.

Der Präsident der Regierungskommission motivierte also die Verordnung ganz einfach mit dem Streik.

Der Präsident der Regierungskommission wurde gezwungen zu erklären, daß die Verordnung nur für ganz außerordentliche Verhältnisse gelten sollte, und er versprach alles zu tun, um den Streik beizulegen (wie, das geht aus den neueren Mitteilungen an anderer Stelle hervor, D. Schriftstg.). Der Regengrund für die Ausnahmeverordnung wäre damit aus der Welt geschafft. Das war der im Rat zu erzielende positive Gewinn, und er wurde auch erzielt. Was mich selbst betrifft, so hob ich hervor, daß die Verordnung nicht einmal mit dieser Entschuldigung ausgehehen werden könne.

Man erhob u. a. auch den Einwand gegen mich, daß ich als Ministerpräsident selbst solchen durch Streiks hervorgerufenen Schwierigkeiten gegenüberstand. Ich betonte jedoch, daß es bei uns gegolte, Streiks durch Vermittlung abzuwickeln und daß niemals Ausnahmeverordnungen zur Anwendung gekommen seien.

„Betrübllicherweise“, erwähnte Herr Branting noch, „sind von diesen Debatten im Rat verschiedene unrichtige Referate ausgesandt worden, worin man wichtige Momente unterdrückt und andere in eine vollständig falsche Beleuchtung gerückt hätte. Ein französischer Korrespondent hat seine Zeitung mit Informationen versehen, die er von einem äußerst parteiischen Zuhörer der Diskussionen im Rat erhalten hat.“

Der Vertreter des „Sozialdemokraten“ fragte hierauf Branting: „Kann es nur der Streik gewesen sein, der die Regierungskommission zu diesem Schritt veranlaßt hat?“ Branting antwortete:

Der Präsident der Regierungskommission scheint einem Druck von Paris nachzugeben.“

„Die ganze Angelegenheit muß natürlich mit dem gespannten Verhältnis in Verbindung gebracht werden, das überhaupt zwischen Frankreich und Deutschland herrscht, und mit der Furcht, die man französischerseits vor allem wegen des Saargebiets hegt. Ich will in diesem Zusammenhang als einen kennzeichnenden Umstand darauf hinweisen, daß die Abgeneigtheit der Saarbevölkerung gegen das dortige Regime nicht auf Mißtrauen gegen den Präsidenten der Regierungskommission selbst beruht. Im Gegenteil haben Vertreter der Saarbevölkerung, die ich in Genf getroffen habe, betont, daß er ein sehr tüchtiger Beamter sei — er war ja auch Präfeld in Lyon und ist „Conseiller d'Etat“ in Frankreich —, mit dem persönlich man wohl übereinkommen könnte, wenn man nicht annehmen müßte, daß er einem Druck von Seiten Paris unterstehe, dem er um so schwerer widerstehen kann, als er französischer Beamter ist.“

Die andere heikle Frage im Zusammenhang mit der Saar war die Ernennung eines neuen Mitgliedes der Regierungskommission nach Hector, der sich gezwungen sah, abzugehen; Hector war als Vertreter der Bevölkerung Mitglied der Kommission, besaß aber das Vertrauen der Bevölkerung in so geringem Maße, daß er schließlich, nachdem er in einige unklare Angelegenheiten (wir meinen, die Angelegenheit Hector ist sehr klar, D. Schriftstg.) verwickelt worden war — aus denen jedoch mehr gemacht wurde, als sie wert waren (die Klarstellung der Angelegenheit war sehr wertvoll; dagegen war das Objekt dieser Angelegenheit, Hector, nichts wert, da er als abgefeimter Betrüger, Dokumentenfälscher, Hochverräter, charakterloser Lump und Meineidiger entlarvt wurde, D. Schriftstg.) —, seine Stellung für unhaltbar betrachtete. Von französischer Seite wurde ein gewisser Herr Land zu Hector's Nachfolger vorgeschlagen. Dagegen opponierte Herr Branting, da man keine Beweise dafür hatte, daß Land das Vertrauen der Bevölkerung genieße. Das einzige, was man von ihm wußte

war, daß er das Amt eines Stadtrates bekleidete, und das konnte ja nicht genug sein, um die Einnahme eines so verantwortungsvollen Postens, wie der eines Mitgliedes der Regierungskommission, zu motivieren. Persönlich soll er ein ziemlich unselbständiger Mann sein, der

kaum eine abweichende Meinung gegen Herrn Rault

geltend machen könnte, im Fall sich dies als notwendig erweisen würde. In dieser Frage entstanden sehr lange Debatten. Branting hatte vorgeschlagen, daß Herr Land wie bisher als Stellvertreter des abgegangenen Hector fungieren sollte und daß die Wahl des neuen Mitgliedes erst nach Einholung vollständigerer Auskünfte vorgenommen werden sollte. Die Franzosen drangen jedoch äußerst bestimmt auf ihrer Linie vorwärts, und da kein Gegenkandidat aufgestellt wurde, legte Herr Branting seine Stimme nieder.

Der englische Vertreter im Rat, Wood, hatte auch dem Einwand Herrn Brantings beigestimmt, daß Land nicht das notwendige Vertrauen der Bevölkerung genieße. Da aber aus der bestimmten Forderung der Franzosen hervorging, daß man großes Gewicht darauf legte, daß die Autorität der Regierungskommission nicht von neuem angetastet würde, wollte der Engländer keinen neuen, ersten Konflikt zwischen der französischen und englischen Regierung hervorrufen, sondern legte ebenfalls seine Stimme nieder. Der Rat beschloß dann, nachdem Schweden und England ihre Stimmen niedergelegt hatten, mit äußerst geringem Enthusiasmus, Herrn Land als Hector nachfolger zu wählen.

Noch eine Saar-Interpellation im Unterhause.

Der Liberale Bertelen fragte am 15. 5. im Unterhause, ob McNeill wisse, daß der Streit im Saargebiet jetzt beendet sei und ob in Anbetracht dessen, daß dieser Streit der Vorwand für den Erlaß der Verwaltungskommission des Völkerbundes sei, gegen den kürzlich in einer Unterhausitzung Einwände erhoben wurden, die britische Regierung der Verwaltungskommission und dem Völkerbundsrat die Aufhebung dieses Erlasses anempfehlen werde. McNeill erwiderte, daß mit Bezug auf den ersten Teil der Frage die britische Regierung keinerlei offizielle Information habe, daß der Saarstreit beendet sei. Mit Bezug auf den zweiten Teil könne er augenblicklich keinerlei Erklärung über die Haltung abgeben, die die britische Regierung einzunehmen beabsichtige. Er fügte hinzu, daß die gestellte Frage zum Ausdruck bringe, daß eine neue Lage entstanden sei, er wisse jedoch nicht, ob dies der Fall sei oder nicht.

Bertelen fragte, ob McNeill nicht wisse, daß weitere sehr scharfe Erlasse angenommen worden seien, und ob er Nachforschungen darüber anstellen werde, bevor sich das Haus für die Pfingstferien vertage.

Es folgte keine Antwort.

„Begnädigt.“

Französische Justizschande.

Am 17. Januar 1919 verurteilte das französische Kriegsgericht der 42. Infanteriedivision den in St. Ingbert beheimateten deutschen Staatsangehörigen, Schmelzarbeiter Josef Burger, zu zehn Jahren Zuchthaus und lebenslänglicher Landesverweisung, weil er angeblich einen französischen Posten tödlich angegriffen habe. Aus der damaligen Verhandlung ergab sich zweifellos, daß Burger das Opfer einer Verwechslung geworden war. Trotz dieser Feststellung sollte das französische Kriegsgericht, da der eigentliche Täter nicht festgestellt werden konnte, das obige Urteil. Alle Schritte von amtlicher und privater Seite zur Freilassung Burgers blieben erfolglos. Die Saarregierungscommission hatte sich mit dem Bescheid, daß das Urteil aufrechterhalten werde, begnügt und nichts weiter in der Angelegenheit unternommen. Die politischen Parteien des Saarlandes wandten sich schließlich mit einer Eingabe an den Völkerbund. Auch dieser Schritt blieb zunächst ohne Erfolg. Schließlich führte die letzte Saardelegation in Genf verschiedenen Völkerbundsmitgliedern den alten Vater des unschuldig verurteilten Sohnes zu. Dieser Schritt hat endlich zu einem Erfolg geführt. Den Eltern des Burger ist mitgeteilt worden, daß ihr Sohn vom französischen Kriegsminister „begnadigt“ worden sei und demnächst in das Elternhaus zurückkehren werde. Zurzeit befindet er sich noch in einem Erholungsheim. Es ist leider nicht bekannt geworden, ob die französische Regierung sich auch dazu verstanden hat, den unschuldig Verurteilten für seine über vier Jahre in französischen Zuchthäusern verbrachte Strafe hinreichend zu entschädigen. Es handelt sich hier nicht um eine „Begnadigung“, sondern um Freilassung eines unschuldig Verurteilten. Der Fall Burger, der auch Gegenstand diplomatischer Verhandlungen gewesen ist, ist ein neuer Beweis der französischen Militärjustizschande, die zurzeit wahre Orgien feiert.

Für die Erhaltung der deutschen Schulen.

Die in Reunkirchen abgehaltene 5. Hauptversammlung des katholischen Lehrerverbandes „Saarpfalz“ gestaltete sich zu einer nachhaltigen Kundgebung für die Erhaltung der deutschen Schule im Saargebiet, die durch die Propaganda für die französischen Schulen der Bergverwaltung bekanntlich sehr stark gefährdet ist.

Schon in der der öffentlichen Versammlung der Tagung vorausgegangenen Delegierten-Versammlung gelangte die Stellung des Verbandes in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck, in der einmal die Erhaltung des konfessionellen Charakters der Volksschule gefordert, zum anderen aber das Ergebnis gegeben wird, an der angestammten und feierlich garantierten deutschen Schule festzuhalten und auf dem Boden des Rechts stehend alles abzuwehren, was den deutschen Charakter unserer öffentlichen Erziehung gefährden könnte.

In der öffentlichen Versammlung erklärte der Vorsitzende des Verbandes, Rektor Martin-Saarbrücken, nachdem er für die Erhaltung des konfessionellen Charakters der Schule eingetreten war, wir sind gleich unserem Hochwürdigen Herrn Bischof schon aus religiösen Gründen gegen die französischen Gruben-schulen, die Kinder aller Bekenntnisse aufnehmen. Wir lehnen die französischen Schulen auch deswegen ab, weil sie ein schweres Hindernis für das wirtschaftliche Fortkommen unserer Standesgenossen sind. Wir berufenen Erzieher der Kinder unseres Volkes erheben auch gegen das Vorgehen, die Kinder für hochpolitische Zwecke einzufangen, nachdrücklichen Protest. Zur Illustrierung, in welchem Sinne eigentlich diese französischen Schulen arbeiten und wirken, wies der Redner auf die Ausführungen des französischen Abgeordneten Ferry hin, der mit Genugtuung feststellte, daß die Regierungskommission im Saargebiet es erreicht habe, daß auch andere Kinder als die des Grubenpersonals diese französischen Schulen besuchen und darin ihrer Schulpflicht genügen können.

„Sie werden sich.“ so wandte sich dieser Abgeordnete an seine französischen Zuhörer, „Ihr seid über den Einfluß, den ein wohl durchdachter französischer Unterricht auf die Jugend dieses Landes ausüben kann. In zwölf Jahren, wenn die Abstimmung stattfindet, werden die Kinder, die jetzt neun Jahre zählen, das Alter haben, um daran teilzunehmen. In unseren Schulen ausgebildet, werden sie sich wahrscheinlich für den Anschluß an Frankreich aussprechen!“

Ferry sprach dann die Hoffnung aus, daß die nötigen Gelder in der Zukunft vorhanden sein werden, um die Organisation der Schulen reichlich zu versorgen, die eben durch den Vertrag ein Mittel sind, zur Erleichterung des französischen Einflusses. Kein Opfer darf gescheut werden, um das Ziel zu erreichen, die Grubenverwaltung muß alle verfügbaren Hilfsmittel benutzen, um die Aktion Frankreichs wirkungsvoll zu machen. Die Zahl, die diese französischen Schulen mit 4-5000 Kindern erreicht haben, befriedigt den Abgeordneten natürlich nicht, und er beklagt sich darüber, daß die Bergverwaltung nicht den ganzen Druck auf das Grubenpersonal ausgeübt zu haben scheint, den man hätte ausüben können. Auch der schulentlassenen Jugend will der Abgeordnete die Aufmerksamkeit zugewendet sehen, damit sie sich nicht an „geheime pan-germanistische Verbände“ anschließen, welche in ihnen die heilsamen Wirkungen des französischen Unterrichts zerstören.

Mit Recht wies Herr Martin darauf hin, daß man nicht offener und unverhüllter von den eigentlichen Zielen dieser französischen Schulen reden könne. Die Bevölkerung sei gewarnt. Hoffentlich erlebten wir kein zweites Heiligenwald mehr! Die deutsche konfessionelle Schule sei uns durch den Vertrag von Versailles garantiert, für sie einzutreten halten wir für unsere Pflicht.

Namens des Kreislehrerverbandes Ottweiler beschäftigte sich auch Fräulein Johanna mit der Frage der deutschen Schulen. Der Kampf um unsere deutsche Schule sei brennender denn je. Wenn wir die Worte deutsche Schule erwähnten, dann steige eine gewisse Angst in uns auf, welche Geister am Werke seien, um sie hinweg zu fegen. Wir mühten den Kampf aufnehmen gegen die Fremdherrschaft, die sich in unserer Schule breit machen wolle; wenn wir uns nicht zur Wehr setzten, dann werde es in absehbarer Zeit keine deutsche Schule und keinen deutschen Lehrerstand hier geben. In diesem Sinne sprachen sich noch mehrere Redner aus. Die öffentliche Versammlung schloß sich dann einhellig der von der Delegiertenversammlung angenommenen Resolution über die Erhaltung der deutschen Schule im Saargebiet an.

Das Saargebiet im Preussischen Landtag.

Es muß leider immer wieder betont werden, daß unsere Parlamentarier viel zu wenig die Gelegenheit ergreifen, um bei passenden Gelegenheiten in den Parlamenten auf die Vorgänge im Saargebiet hinzuweisen. Es sind nur wenige und immer wieder dieselben Herren, die dann und wann ihre Stimmen erheben. Unter diesen ist es besonders der deutsch-nationale Abgeordnete Bachem. Auch am 24. April ergriff er gelegentlich der Besprechung des Etats des Preuß. Ministeriums des Innern im Preussischen Landtag das Wort, um bei Kap. 90 Tit. 2 und 5 (betr. die Verhältnisse der beurlaubten, im Saargebiet beschäftigten Beamten) auf die Vorgänge an der Saar hinzuweisen. Er führte hierzu u. a. aus:

Die Verhältnisse des Saargebiets haben in letzter Zeit wieder eine besondere aktuelle Wendung genommen, die die deutschen Interessen in besonders starkem Maße schädigt. Was zunächst die Maulkorbverordnung angeht, so hat der Staatsrat Kautz, der nach den Worten Loucheurs die französischen Interessen im Saargebiet wahrzunehmen hat, mit seiner Demission gedroht, wenn ihm der Völkerbundsrat tatsächlich dies Instrument zur Franzöisierung des Saargebiets aus den Händen winden sollte, und in einer Taktik, die sich durchaus der französischen Taktik im übrigen alt und neu besetzten Gebiete anpaßt, hat er sogar erklärt, daß bei der Unruhe der Saargebietsbevölkerung unter Umständen noch einschneidendere Maßnahmen als diese Maulkorbverordnung erforderlich seien.

Diese Taktik Frankreichs ist durchaus durchsichtig. Bei berechtigten Angriffen gegen die französische Gewaltpolitik an Saar, Rhein und Ruhr hat es Frankreich bisher immer noch für möglich gehalten, noch schärfere Gewalttaten, noch erheblichere Rechtsbrechungen vorzunehmen, um uns und die Welt dazu zu bringen, bei den Angriffen gegen die weitergehenden Gewalttaten derjenigen, die vorher schon geschehen waren, zu vergessen.

Mit Recht ist sogar von einem englischen Delegierten, dem Herrn Wood, darauf hingewiesen worden, daß diese Maulkorbverordnung, die das Saargebiet und seine freie Meinungsäußerung knebelt, durchaus nicht in der Lage sei, die Befriedung des Saargebiets, die der Staatsrat Kautz zu erstreben vorgab, zu erreichen. Wir können hinzufügen, daß die Bevölkerung des Saargebiets gerade durch diese Maulkorbverordnung und gerade durch deren durchsichtigen Zweck in ihre Erbitterung gegen französische Gewalttaten immer tiefer hineingetrieben werden muß. Wenn es tatsächlich der Saargebietsregierungscommission, wenn es tatsächlich dem Völkerbundsrat ernsthaft darauf ankäme, das Saargebiet zu befrieden, seine Autorität zu befestigen und das, was an internationalen Organisationen besteht, nicht zu einer Lächerlichkeit werden zu lassen, müßte sie gerade in erster Linie dem Willen der Bevölkerung auf Aufhebung dieser Zwangsmassnahmen statgeben.

Ähnlich ist es mit der anderen Tatsache, die das Saargebiet und den Völkerbundsrat beschäftigt hat. Der Beauftragte in der Regierungskommission, Dr. Hector, der durch seinen dienstlichen und außerdienstlichen Lebenswandel sich die Verachtung aller anständigen Menschen des Saargebiets errungen hat, ist unter dem Druck der allgemeinen Verachtung seiner Mitbürger, und nachdem unter anderem ein Meinelid von seiner Seite einwandfrei festgestellt, „aus Gesundheitsrücksichten“ zurückgetreten. Die Regierungskommission des Saargebiets hat es für richtig und nötig gehalten, als Hectors Vertreter zunächst den Herrn Land zu belassen, der ein politisches Kind Hectors ist. Auch bei dieser Gelegenheit hat die Regierungskommission des Saargebiets sich wiederum nicht geschaut, die Interessen der Bevölkerung des Saargebiets geradezu zu verhöhnen. Der Völkerbundsrat hat es trotz der Proteste des schwedischen Delegierten für möglich und mit seinem Ansehen für vereinbar gehalten, diesen Herrn Land endgültig als den Ersahmann des Herrn Hector zu bestellen. Auch hier wird wiederum gesagt werden müssen, daß das Spiel, das Frankreich im Saargebiet treibt, und gegen das der Völkerbundsrat nur mehr oder weniger platonisch Einspruch erhebt, ein Spiel ist, das um den Frieden der Welt geht, und das das Ansehen des Völkerbundsrats auf das Erheblichste beeinträchtigen muß. Wir aber müssen auch von dieser Stelle aus, wie bei jeder Gelegenheit, dem Volk an der Saar, das sich treu verbunden fühlt nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit Bayern und Preußen, den Landen, aus deren Körper es herausgeschnitten ist, unsere innige Zusammengehörigkeit bezeugen und das unerschütterliche Versprechen geben, daß wir nichts, ein jegliches an seiner Stelle, unversucht lassen werden, das Schicksal des Saarvolkes zu wenden, damit es wieder sobald wie irgend möglich ganz eng umschlossen im Ringe dieses alten Reiches und in seinem Hauptteile, im Ringe dieses Preussischen Staates liegt, zu dem es gehört, zu dem es gehören will und bei dem es bleiben muß.

Die deutsch-nationale Landtagsfraktion hat folgende große Anfrage eingebracht: Was hat das Staatsministerium in Verbindung mit der Reichsregierung getan und was gedenkt sie weiter zu tun, um dem Saargebiet, einem überwiegend preussischen Lande, wieder zu Zuständen zu verhelfen, die die Erfüllung des elementarsten Verlangens nach Gesetz und Gerechtigkeit, die Erfüllung der dringendsten Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung und die deutsche Zukunft des Landes sichern?

Wie wir hören, wird sich der Preussische Landtag am 6. Juni mit dieser Anfrage beschäftigen.

Mehr deutsches Rückgrat.

Die Saarpfostverwaltung zwingt die deutsche Reichspostverwaltung zur Behandlung des Saargebiets als Ausland.

In der „Textilwoche“ war vor kurzem darauf hingewiesen worden, daß vom 1. April d. J. ab die Gebühren für Pakete nach dem Saargebiet bis 1 Kg. 30 Centimes, über 1—5 Kg. 50 Centimes usw. betragen. Die Zeitschrift hatte an diese Mitteilung die Bemerkung geknüpft, daß diese Maßnahme schärfsten Widerstand der Handelskreise in ganz Deutschland hervorgerufen habe, da sie nicht nur den Geschäftsverkehr mit dem Saargebiet außerordentlich erschwert und verteuert, sondern auch durch den Zwang, bei einer Sendung innerhalb Deutschlands — und das Saargebiet gehört zu Deutschland — das Porto in französischer Währung berechnen zu müssen, die vaterländischen Empfindungen eines jeden Deutschen zu verletzen geeignet sei. Die deutsche Postbehörde sei in diesem Falle wahrscheinlich auf eine Bestimmung der französischen Aufsichtsbehörde im Saargebiet eingegangen, ohne zu beachten, daß die französische Behörde mit derartigen Regelungen das Ziel einer möglichst weitgehenden Unterbindung der Handelsbeziehungen zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland verfolge.

Diese Annahme wird durch ein Schreiben des Reichspostministers an die Geschäftsstelle „Saarverein“ Berlin bestätigt. Die genannte Organisation zur Vertretung der saar-deutschen Interessen außerhalb des Saargebietes hatte sich mit einer entsprechenden Eingabe an das Reichspostministerium gewandt. In dem Antwortschreiben heißt es u. a.: „Wenn die Reichspostverwaltung dazu übergehen mußte, die Gebühren für Pakete nach dem Saargebiet, die vorher nach den innerdeutschen Sätzen erhoben wurden, vom 1. April an in Goldfranken zu berechnen, so lag der Grund darin, daß die der Regierungskommission unterstellte Postverwaltung des Saargebiets zur Aufrechterhaltung der bisherigen Gebührentregulierung nicht bereit war und daß der deutschen Postverwaltung kein Mittel zur Verfügung stand, die weitere Anwendung der Gebührensätze des innerdeutschen Verkehrs durchzusetzen und die von der Postverwaltung des Saargebiets gewünschte Anwendung internationaler Grundsätze für den gegenseitigen Paketverkehr abzulehnen. Somit findet im Verkehr mit dem Saargebiet seit dem 1. 4. die Erhebung und Verrechnung der Paketgebühren nach den sonst für den Auslandspaketverkehr üblichen Gebührensätzen statt. Diese Gebührensätze sind jedoch für den Verkehr mit dem Saargebiet gegenüber den sonst in Anwendung gekommenen Auslandsgebührensätzen wesentlich ermäßigt worden. Auch wird im Verkehr mit dem Saargebiet von der Erhebung der Zuschlagsgebühr von 25 Centimes abgesehen, die die deutsche Postverwaltung sonst für jedes Paket aus und nach dem Auslande berechnet.“

Aus der Mitteilung des Reichspostministeriums ergibt sich die Tatsache, daß die Postverwaltung des Saargebiets die deutsche Reichspostverwaltung gezwungen hat, das Saargebiet hinsichtlich des Paketverkehrs als Ausland zu betrachten, ein Verfahren, das leider die Saarregierungscommission auch in anderen Fällen deutschen amtlichen Stellen gegenüber mit Erfolg zur Durchführung gebracht hat. Dieses Verfahren liegt durchaus in der Linie französischer Loslösungsbestrebungen und der wirtschaftlichen Umstellung des Saargebiets nach Westen. Bestreblich bleibt, daß die deutsche Reichspostverwaltung keine Möglichkeit gefunden hat, um diesen Versuchen französischer Annexionspolitik den nötigen Widerstand entgegenzusetzen.

**Nicht nur Rhein und Ruhr,
sondern stets Rhein, Ruhr und Saar!**

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

In der französischen Presse kommt immer deutlicher und — unterschämter zum Ausdruck, daß man in Frankreich mit allen Mitteln auf

die Annexion des Saargebiets

hinarbeitet. Auf dem Kongreß der republikanischen Vereinigung hielt kürzlich der dem Elisee nahestehende ehemalige Finanzminister Marsal eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Territoriale, wirtschaftliche und finanzielle Garantien müssen zur vollkommenen Erfüllung als ein materielles Pfand in unseren Händen sein. Eine internationalisierte Kontrolle über die Gebiete der Rheinebene muß uns gestatten, jeden deutschen Einfall zu verhindern, solange Preußen über diese Gebiete politisch herrscht. Auch die preußischen Ambitionen (!) auf das Saargebiet müssen endgültig beseitigt werden. Wirtschaftliche Abkommen müssen für die Zukunft das industrielle Gleichgewicht dieser Gegenden sicherstellen. Der für die Fabriken Lothringens, Belgiens, Luxemburgs und der Saar- gegen notwendige Koks muß diesen Gebieten gesichert werden. Dafür muß das lothringische Eisenerz von den Fabriken Westfalens aufgenommen werden, die übrigens auch für ihre Konstruktions-Ateliers halbfertige lothringische Produkte erhalten können.“

Heißt das, die Diktatbestimmungen von Versailles beachten oder sie mit Füßen treten?

Internationale Intrigen wegen des Saargebiets.

Auffällig sind in letzter Zeit französische Versuche, allerlei dunkle Meldungen über Putschpläne und dergleichen im Saargebiet zu verbreiten. Ein Pariser Radiotelegramm war es, das die Nachricht über die Geheimbünde im Saargebiet in die Welt hinausposaunte, obwohl hier selbst außer den ergebnislosen Hausdurchsuchungen irgendein positiver Beweis für diese phantastischen Gerüchte bis zur Stunde nicht erbracht ist. Trotzdem bezog sich Kaut auf derartige widerwärtige Gerüchte, als er über Geheimorganisationen nach Genf berichtete. Vor einigen Wochen ist in einem Pariser Blatt eine solche Ente aufgeflogen, die schnatternd sogar von einer internationalen Intrige wegen des Saargebiets zu erzählen weiß. In einem A. de Guilleville unter-schriebenen Artikel im „Temps“ heißt es u. a.:

„Welche Lösung die rheinische Frage auch finden mag: hüten wir uns ja davor, uns auf eine internationale Kontrolle oder die Kontrolle des Völkerbundes einzulassen. Ich stoße diesen Warnungsruf aus, weil ich an die schweren Ereignisse denke, die zurzeit im Saargebiet sich abspielen und die nicht allein den nationalistischen Elementen und deutschen Geheimorganisationen zugeschrieben werden können. Seit etwa 14 Tagen habe ich beunruhigende Dinge über die Bewegung im Saargebiet gehört. In Straßburg hat mir ein gründlicher Kenner der Lage...

internationale Intrigen enthüllt

und die nationalistische Explosion vom 5. April vorausgesagt. Die Deutschen wissen, daß die Regierungskommission des Saargebiets uneinig (divisio) ist. Sie wissen auch, daß durch die bezahlte Kampagne die Autorität des französischen Präsidenten Kaut unterminiert wird, den man durch einen Engländer ersetzen möchte. Der uns günstige englische Kommissar (!) soll seinen Platz an einen deutsch-freundlichen Schweden abtreten. Man hatte mich gebeten, diese sehr ernsten Tatsachen noch nicht zu veröffentlichen, weil sie einen Teil der deutschen und deutsch-freundlichen Kampagne gewisser Neutralen sind, wodurch unsere Stellung am Rhein und an der Ruhr mit allen Mitteln geschwächt werden soll. Heute ist die Bombe geplatzt, wie sie immer dort platzen wird, wo die Autorität versagt. Es ist notwendig,

im Saargebiet energisch vorzugehen.

ohne sich davor zu fürchten, gewisse ausländische Persönlichkeiten vor den Kopf zu stoßen, die zu nennen augenblicklich überflüssig ist. Man kennt sie übrigens in Genf und in Paris. Wenn ich an unsere guten schwedischen Freunde denke, die uns beschworen hatten, unsere Truppen aus dem Saargebiet zurückzuziehen und sie durch 250 Saar-Gendarmen zu ersetzen! Lassen wir uns nicht aus Ueberzeugung guillotinierten!

Hinter dem Wink, im Saargebiet mit aller Energie vorzugehen, scheint etwas mehr wie eine politische Kombination zu stecken. Die Auswirkungen dieser Energie zeigen sich ja bereits und sie geben zu denken.

Nachdem der Bergarbeiterstreik zu Ende geführt ist, ohne daß die Regierungskommission die ersehnte Gelegenheit fand, mit Ausnahmezustand und französischen Ruhr-Terror-Methoden gegen

die völlig ruhig gebliebene Saargebietsbevölkerung vorzugehen, grübelt man im Schoße der Regierungskommission angestrengt darüber nach,

was mit der Notverordnung geschehen soll.

In Paris verlangt man, daß diese „Notverordnung“ zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung bestehen bleibt, auf der andern Seite sind durch die Streiks die Momente im allgemeinen fortgefallen, die man zur „Begründung“ in Genf genannt hat. Um der Welt Sand in die Augen zu streuen verbreitete das französische Havasbüro folgende Meldung in der Welt:

„Als Folge der Beilegung der Streiks und mit dem Zweck der Beruhigung (apaisement) scheint die Regierungskommission des Saargebiets geneigt zu sein, eine neue und verteilte Prüfung ihrer provisorischen Verordnung vom 7. März bezüglich der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit ins Auge zu fassen. Man hat in der Tat bemerkt, daß zu Ende der Debatte im Landesrat der Vertreter der Regierung im Landesrat eine Erklärung abgegeben hat, in der er ankündigte, daß diese Verordnung, die bestimmt war, mit Dringlichkeit den Zwischenfällen vorzubeugen, die aus einer außerordentlichen und kritischen Situation hervorgehen konnten, möglicherweise in naher Zukunft abgeändert werden sollte.“

An dieser Havasmeldung ist bemerkenswert, daß die Abänderung der Notverordnung „zum Zwecke der Beruhigung“

erfolgen soll. Weiter ist zu beachten, daß das Havasbüro die Verordnung lediglich als eine Vorbeugungsmaßregel hinstellt, während im Landesrat und in Genf bekanntlich ganz andere Begründungen abgegeben wurden.

Weniger zutreffend sein dürfte eine Meldung der Londoner „Daily News“, daß in den nächsten Tagen die beanstandete Notverordnung der Saarregierung infolge der Beendigung des Streiks zurückgezogen werden soll. Eine Einberufung des Völkerbunds rats, um diese Verordnung für ungültig zu erklären, sei deshalb nicht mehr nötig.

Auf der nächsten Tagung des Völkerbunds rats werde England beantragen, daß eine Kommission, bestehend aus Vertretern derjenigen Länder, die nicht in der Saarregierung vertreten sind, eingesetzt werde, um

eine Untersuchung anzustellen über die Mißstände im Saargebiet.

Von Genf aus wird ferner die Nachricht verbreitet, der Präsident der Regierungskommission habe den Generalsekretär des Völkerbunds wissen lassen, daß er nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks angeordnet habe, daß alle

Truppen, die zur Verstärkung der Garnison

und zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit berufen worden waren, in ihre Garnison zurückzuziehen hätten. Diese Truppenbewegungen seien bereits ausgeführt.

Daß es sich bei den französischen Truppen nicht um ein Element der Ruhe und Ordnung, sondern um ein

Instrument der Gewalt, des Terrors und des Uebermuts

handelt, beweisen die Eindringlinge im Saargebiet ebenso wie im Ruhrgebiet. So teilte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion der „Volksstimme“ mit:

„Am Samstag vergangener Woche kamen vier französische Offiziere am frühen Morgen in bezeichneter Weise von St. Arnaud. Auf ihrem Wege in die Stadt begegneten sie der städtischen automobilen Rekrutmaschine und zwangen den Chauffeur — nach uns zugegangenen Mitteilungen mit vorgehaltenem Revolver — sie nach der Stadt zu fahren. So landete dieser für unsere heutigen Zustände in Saarbrücken sehr bezeichnende Transport am Hotel Monopol am Neumarkt, wo die Herren abzustiegen gerieten. Auf eine Anfrage des Stadtschäfers in der letzten Stadtratssitzung erklärte die Verwaltung, daß sie bei der Regierungskommission (?) Anzeige erstattet habe. Nach unserer Meinung müssen derartige Fälle groben Unfugs bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden. Jedenfalls besteht die sozialdemokratische Stadtratssraktion darauf, daß die Stadtverwaltung ihre Einrichtungen nicht von jedem Beliebigen in einer Willkürstimmung mißbrauchen läßt. Auch dann nicht, wenn es sich um französische Offiziere handelt.“

Auf eine Antwort des Herrn Kaut wird man in Saarbrücken jedenfalls vergeblich warten.

Ein saarländischer Kriegsrat?

Nach einer im französischen Textteil unter „Militärische Nachrichten“ stehenden Meldung des „Neuen Saarländers“ (Nr. 103 vom 5. Mai) ist durch ministerielle Verfügung vom 27. April der Bataillonsführer Roques, „Berichterstatter beim Kriegsrat des Saargebiets“, zur Verfügung des kom-

mandierenden Chefgenerals der französischen Rheinarmee gestellt worden.

Hierzu bemerkt die „Neunkirchner Volksztg.“: Von dem Bestehen eines „Kriegsrats“ im Saargebiet wird man nur mit einigem Erstaunen Kenntnis nehmen. Da wird demnächst vielleicht auch ein saarländischer „Kriegsminister“ austauschen. Ebenso interessant ist die enge Verbindung des im Saargebiet stehenden Militärs, das angeblich gar keine militärischen Zwecke verfolgt, sondern „nur“ zum Schutze des französischen Eigentums im Saargebiet vorhanden ist, mit der französischen Rheinarmee.

Die innige Zusammenarbeit zwischen Herrn Kault und Herrn Tirard ergibt sich durch ein neues, geradezu klassisches Beispiel. Herr Kault war die Tätigkeit des Kommerzienrats Dr. Köhling in Genf äußerst unangenehm. Um ihm für die Zukunft den Weg nach Genf zu versperren, wandte sich Herr Kault an Herrn Tirard um Rat und Hilfe. Das Ergebnis wird durch folgende Meldung gekennzeichnet:

„Die Interalliierte Rheinlandkommission hat dem Mitglied des Landesrats,

Kommerzienrat Dr. Hermann Köhling, unter Androhung der Verhaftung und Ausweisung das Betreten des besetzten Gebietes untersagt.“

Dr. Köhling ist damit das Verlassen des Saargebietes, wo er sich gegenwärtig befindet, praktisch unmöglich gemacht worden. Nach Pariser Blättermeldungen gründet sich diese Maßnahme auf die Tatsache, daß Dr. Köhling, um Beschwerden der Saarbevölkerung beim Völkerverbund in Genf vorzubringen, durch das besetzte Gebiet reisen muß und man ihm diese Reise unmöglich machen will. Da nach dem Versailler Vertrag die Bewohner des Saargebietes den Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte hinsichtlich der Rechte auf freie Durchfahrt durch die besetzten Gebiete gleichgestellt sind, so bedeutet das Verbot der Rheinlandkommission eine Verletzung des Vertrages.

Ein ganz Raiver könnte vielleicht die Frage erheben: Welche Schritte wird Herr Kault unternehmen, um einen Angehörigen der Saargebietsbevölkerung gegen die Uebergriffe des Herrn Tirard zu schützen, er könnte vielleicht auch auf den Gedanken kommen, daß Frankreich hier sofort zugunsten Herrn Köhlings eingreifen müßte, da ja bekanntlich Frankreich die Interessen der Saardeutschen im Auslande vertritt — aber, wie gesagt, auf solche Gedanken kann nur ein ganz Raiver kommen, da ja Kault, Tirard und Polincaré nur ein Ziel verfolgen: das Saargebiet, das Rheinland und das Ruhrgebiet zu annektieren. Um diese Ziele durchzuführen, wenden sie jedes Mittel an, sei es Mord, Raub, Lüge usw.

Daß Herr Kault nur eine Aufgabe kennt, nämlich

Loslösung des Saargebietes von Deutschland,

wird durch folgenden Fall erneut bestätigt:

Nachdem die oberste Polizeiverwaltung dem tschechischen Fußballmeister die Einreise ins Saargebiet bewilligt hatte, hielt sie es für richtig, die Einreisegenehmigung für die 1. Schlagballmannschaft des Turnvereins „Jahn“ München, die an den Pfingsttagen in Friedrichsthal und Saarbrücken Spiele austragen wollte, zu verweigern.

Und solche Anordnungen ergeben im Auftrage des Völkerverbundes!

Wie wir an leitender Stelle näher ausführen, hat Herr Kault trotz der Ablehnung durch den Saarlandestat

die Frankenwährung mit dem 1. Juni diffiziert.

Nach der am 22. Mai erlassenen Verordnung gilt von diesem Tage an als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Saargebiet die französische Währung. Verträge und Geschäfte aller Art müssen in dieser Währung getätigt werden. Geschäfte der Banken und des Außenhandels können in einer anderen als der „gesetzlichen“ (richtiger vertragswidrigen!) Währung getätigt werden. Ist eine in einer anderen als der „gesetzlichen“ Währung ausgedrückte Geldschuld im Saargebiet zu zahlen, so kann die Zahlung in der „gesetzlichen“ Währung erfolgen, es sei denn, daß die Zahlung in der vereinbarten Währung ausdrücklich bedungen ist. Die Umrechnung erfolgt nach dem Kurswert, der zur Zeit der Zahlung für den Zahlungsort maßgebend ist. Alle bestehenden Zahlungs- und Schuldverpflichtungen bleiben unberührt, soweit nicht eine neue Vereinbarung zwischen den Beteiligten stattfindet. Sämtliche Mieten und Pachten sind in Franken zu zahlen. Die Aktien müssen, abgesehen von Unternehmungen gemeinnütziger Art, auf einen Betrag von mindestens 500 Franken gestellt werden. Das derzeitige Verfahren bei Geldsendungen durch die Post im inneren saarländischen Verkehr und im Verkehr mit Deutschland wird bis zum 31. Dezember 1923 beibehalten. Marktkonten beim Postfachamt Saarbrücken können noch länger beibehalten werden.

Nachdem die Regierungskommission unter Bruch der Versailler Diktatbestimmungen, unter falscher Berichterstattung über die geschichtliche Entwicklung der Frankenfrage im Saargebiet

nach und in Genf, unter Mißachtung der Meinung des Landesrats, jedoch unter ständigem Druck von Paris die Währungsverordnung glücklich unter Dach hat, glaubt sie anstreifend,

ihres Propaganda-Organs nicht mehr zu bedürfen.

Die „Volksstimme“ will nämlich aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß dieses Sumpf- und Giftblatt, der „Neue Saarkurier“, mit seinen Nebenausgaben am 1. Juni sein Erscheinen einstellt. Damit hat dieses mit französischen Propagandageldern ausgehaltene Pöbelgewächs, das schon seit seinen ersten Jugendentagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschien, sein verdientes Schicksal erreicht. Ueber die Hamäleonartige Haltung des Blattes ist kaum etwas zu sagen. Es vertrat heute den kapitalistischen, morgen den unabhängigen, übermorgen den kommunistischen Standpunkt, um dann gleich wieder abwechselnd in die pazifistische oder säbelraselnde in die scharsmacherische Militärtrumpete zu stoßen, je nachdem es dabei jeweils nur eine Kleinigkeit für die Interessen seiner Auftraggeber herauszubringen zu sehen vermeinte. Das Ende des Blattes ist ein Beweis für den gesunden Sinn der Saarbevölkerung und offensichtlich eine Warnung für seine Hintermänner, daß sie mit jedem Versuch von Verwelschungsbestrebungen an der Saar auf Granit stoßen werden.

Der „Saar-Kurier“ in französischer Beleuchtung.

Zu denken und zu beachten gibt allerdings auch eine Auslassung des „Eclair“, der die obige Stelle über die „die bezahlten Kampagnen“ recht eigenartig beleuchtet. In dem eben erwähnten Blatt wird

die französische Propaganda

unter Hinweis auf den „Saar-Kurier“ einer Betrachtung unterzogen, die zu dem Urteil gelangt, daß die französische Propaganda an der Saar ebenso schlecht wie im Rheinland sei. Der Berichterstatter nimmt Bezug auf das 24stündige Verbot des „Saar-Kuriers“, ohne richtig darüber im Bilde zu sein. Er nimmt an, daß der „Saar-Kurier“ die Meldung, wegen der mehrere andere Zeitungen hier verboten wurden, ebenfalls veröffentlicht hat, und fragt dann ganz entrüstet, wie eine Zeitung, die mit dem französischen Propagandafonds gegründet worden sei, mit den „Alldeutschen“ in ein Horn stoßen könne. Dieser Zwischenfall sei nicht sehr schmeichelhaft für den französischen Propagandadienst. Ueber

die Gründung des „Saar-Kuriers“

weiß das Blatt aber zu melden, daß sie im Mai 1919 durch die Militärverwaltung des Saargebietes erfolgte, in einer Zeit, wo die Zivilgewalt im Saargebiet noch nicht eingeführt war. Sowohl mit der früheren als auch mit der jetzigen Geschäftsführung ist der Berichterstatter aber wenig zufrieden, denn er meint, die Sache hätte geschickter angefaßt und geführt werden müssen, wenn uns (d. h. Frankreich) wirkliche Dienste hätten geleistet werden sollen. Er schreibt: „Uebrigens die Art, wie diese Zeitung oft inspiriert wurde, gab Anlaß zu häufigen Kritiken mehrerer Meher Zeitungen, die mit Erstaunen feststellten, daß man die Saarländer zu gewinnen suchte, indem man in den Spalten des „Neuen Saarkuriers“ eine Politik betreibt, die offenbar im Gegensatz zu den inneren Empfindungen der großen Mehrheit der Bevölkerung des Saargebietes steht. Können wir dabei noch erstaunt sein, daß die Deutschen so leichtes Spiel gegen uns haben? Man spricht häufig von einer Reformation unserer Propaganda. Wenn diese Reformation einsehen soll, dann wird man gut tun, den bösen Erfahrungen Rechnung zu tragen, die wir an den Ufern der Saar gemacht haben.“

Hier wird also ganz offen und rückhaltlos betont, daß Frankreich im Saargebiet Propaganda treibt, Propaganda u. a. durch ein von dem französischen Militär gegründetes Organ. Ob Herr Kault diese Dinge bekannt sind? In Genf und in seinen Berichten dahin hat er stets nur von deutscher Propaganda gesprochen, die tatsächlich nicht vorhanden ist. Die französische Propaganda hat er bisher stets übersehen und gefördert, obwohl er genau weiß, daß der Vertreter der französischen Regierung in der Saargrubenverwaltung, Herr Köhlin, über einen hochdotierten Propagandafond verfügt und daraus

monatlich 15 000 Frs. im Auftrage des Quai d'Orsay dem „Neuen Saarkurier“ auszahlt!

Wo ist das Entrüstungsschreiben des Herrn Kault gegen diese Tatsache?

Vielleicht wollte Herr Kault einer unangenehmen Anfrage über dieses Propagandaorgan aus dem Wege. Er hatte wiederholt nach Genf berichtet und keine Behauptungen auch persönlich regelmäßig wiederholt, daß deutscherseits geheime Propagandastellen im Saargebiet bestünden. Genaue Nachforschungen haben das Ergebnis gezeigt, daß

tatsächlich geheime Organisationen im Saargebiet bestehen,

und zwar solche, für die der Quai d'Orsay neben Herrn Richert als Propagandaleiter Herrn Röhl in nach Saarbrücken setzte, der u. a. den „Neuen Saarturier“ monatlich mit 15 000 Franks aus dem Propagandafonds des französischen Auswärtigen Amtes unterstützte. Eine Anfrage in Genf konnte leicht zu der Feststellung führen, daß sich diese französischen Geheimorganisationen der weitesten Unterstützung und Förderung des Herrn Rault erfreuen. Deshalb will man das äußerlich erkennbare Zeichen dieser französischen Geheimorganisation verschwinden lassen. Man tut das um so lieber, als es in letzter Zeit heftiger Angriffe in der französischen Presse ausgeübt war, da es nicht vorsichtig genug gearbeitet hatte. Die übrigen Abteilungen der französischen Geheimorganisationen aber bleiben bestehen, so die Stelle des Herrn Richert, das Spionage- und Spitzelbüro der Herren Adler, Rollin, Martin & Co., bekanntlich alles Beamte der „Völkerbunds“-Kommission.

Hier handelt es sich um französische Einrichtungen, da fürchtet man keine Verletzungen der Diktatbestimmungen. Aber die üblen Deutschen! Da sind z. B. die Saar-Sänger, etwa 250 Gesangsvereine, die im Saar-Sängerbund zusammengeschlossen sind. Der Gau Saarbrücken hatte nun den Beschluß gefaßt, an Sonn- und Feiertagen seine Kräfte zum

Vortrag von Volksliedern auf den Plätzen und Promenaden

Saarbrückens zusammenzuziehen und so auch den sehr vielen Volksgenossen Anregung und Erhebung durch unsere tiefe, alte Volkskunst zu geben, die nicht mehr in der Lage sind, die Preise für Konzerte und Theater aufzubringen. Diese Vorträge wären zweifellos von der gesamten Bürgererschaft freudig begrüßt worden. Die Oberste Polizeiverwaltung (Herr Adler!) hat dem Gau Saarbrücken nun die Durchführung seiner gemeinnützigen Absicht durch folgende Verfügung des Polizeidirektors unmöglich gemacht:

„Nach Eingang der eingeholten Auskünfte von Polizeibehörden größerer Städte hat die Regierungskommission, Oberste Polizeiverwaltung, unterm 21. d. M. die

Genehmigung zur Abhaltung von Viedervorträgen verweigert.“

Früher hatte man in Saarbrücken die Promenadenkonzerte auf dem Rathausplatz, am Schloßplatz, in den Luisenanlagen. Auch die Franzosen versuchten ja, solche Konzerte einzuführen; sie hatten jedoch damit kein Glück, während die Platzkonzerte vor dem Kriege sich stets großer Beliebtheit erfreuten, ohne daß irgendwelche Verkehrsstörungen sich bemerkbar gemacht hätten. Hatten die Herren Rault-Adler tatsächlich nur Verkehrs- und Geflügelbedenken, oder fürchteten sie wegen des deutschen Volksliedes um ihre Sicherheit?

In Verbindung mit der Währungsumstellung hat die Regierungskommission

eine saarländische Darlehnskasse für Handwerker und Kleingewerbetreibende

errichtet. Die nötigen Mittel werden der Kasse von der Regierungskommission des Saargebiets zur Verfügung gestellt. Die Darlehnsgesuche werden durch die Bürgermeisterämter bei den Landrats- bzw. Bezirksämtern, in Saarbrücken beim Bürgermeisterrat eingereicht.

Die Regierungskommission hat die Verordnung über die

Erhebung der indirekten Steuern,

die kürzlich dem Landesrat zur Begutachtung vorlag, am 30. April veröffentlicht. Die Verordnung ist am 1. Mai in Kraft getreten. Die Regierungskommission hat eine

Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Volksabstimmung im Saargebiet

nebst einem Erläuterungsbericht veröffentlicht. Danach werden folgende Urkunden unter den besonderen Schutz des Völkerbundes gestellt und den Sicherungsmaßnahmen der Verordnung unterworfen:

1. Steuerliche Unterlagen: a) Hausstandsbogen, b) Personenverzeichnisse, c) Steuerrollen, d) Hebelisten (Kontobücher der Kasse), vom Herbst 1918 und 1919. 2. Meleregister: a) Polizeiliche Meleregister, laufende Verzeichnisse, nur der Zu- und Abgänge, oder in Form der Kartothek über sämtliche Einwohner, b) Kommunale Meleregister, nur in der Stadt Saarbrücken geführt, in Form der Kartothek. 3. Ständesamtliche Urkunden.

4. Wahlunterlagen: a) Deutsche Nationalversammlung vom Januar 1919, Wählerlisten-Unterlagen, b) Preussische-Bayerische

Landesversammlung von Januar 1919, Wählerlisten-Unterlagen, c) Gemeinderats-, Stadtverordnetenversammlungs- und Kreistagswahlen von 1920, Wählerlisten-Unterlagen, d) Landesratswahlen im Saargebiet von 1922, Wählerlisten-Unterlagen.

5. Volkszählungsmaterial: a) vom 1. Dezember 1910, Listen-Zählbogen, b) vom 1. Dezember 1916, Listen-Zählbogen, c) vom 5. Dezember 1917, Listen-Zählbogen, d) im bayerischen Teile des Saargebietes vom 8. Oktober 1919, Listen-Zählbogen, e) vom Frühjahr 1922, Listen-Zählbogen.

6. Unterlagen der Lebensmittelversorgung: a) Hausstandslisten, b) Personalkarten.

7. Rekrutierungstammrollen.

Auf das telegraphische Ersuchen des Landesratsabgeordneten Rarius an den Herrn Reichsarbeitsminister in Berlin, zu sorgen, daß die

Unfallrentenbezieher aus dem Saarbergbau,

deren Renten zu Lasten des Deutschen Reichs gehen, soweit die Unfälle vor dem 18. Januar 1920 liegen, ausgezahlt werden, erging folgende Antwort vom Reichsarbeitsminister:

„Im Einverständnis mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen habe ich die Vorstände der Sektionen I und VIII der Knappschaftsberufsgenossenschaft ermächtigt, die Renten zu zahlen an die Berechtigten im Saargebiet nach den dort noch nicht eingeführten deutschen Vorschriften zu zahlen.“

Damit wäre die Möglichkeit geschaffen, daß die Rentenempfänger aus dem Bergbau die erhöhten Bezüge erhalten. Den anderen Rentenempfängern können diese erst nach Einführung der neuen Gesetze im Saargebiet gezahlt werden.

Polizeivorschriften für Saardeutsche.

Bekanntlich haben die Franzosen und Belgier das besetzte vom unbesetzten Gebiet dadurch politisch völlig abgesperrt, daß sie neue Polizeivorschriften erlassen haben. Nach einer Mitteilung der Rheinland-Kommission findet diese fragliche Polizeiverordnung 167 auf Saarländer deutscher Nationalität keine Anwendung. Die Delegierten der Kommission sind mit entsprechender Anweisung versehen worden, damit Zertümer vermieden werden.

In der sozialdemokratischen Partei des Saargebiets hat eine Säuberungsaktion begonnen. Eine ganze Reihe Ortsgruppen hat Mitglieder wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen. Neuerdings sind auch die beiden Merziger Stadtverordneten Ludwig und Berty aus der SPD ausgeschlossen worden, was der Fraktionsführer in der letzten Stadtratsitzung bekanntgab.

Französische Zollbahnhöfe im Saargebiet.

Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten in Paris trat am 3. Mai in die Besung des Berichts des Abgeordneten Lenail über den Gesetzentwurf betr. die Schaffung von Zollbahnhöfen an der Grenze zwischen Deutschland und dem Saargebiet ein.

An die Ortsgruppen des Bundes „Saar-Verein“.

Wir erinnern an die Einzahlung der fälligen Jahresbeiträge für 1923 sowie an die Erstattung der noch rückständigen Jahresbeiträge. Wir machen nochmals besonders darauf aufmerksam, daß unsere Halbmonatsschrift „Saar-Freund“

nur noch gegen Bezahlung geliefert werden kann; Freixemplare können nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Ehrenpflicht der einzelnen Ortsgruppen muß es sein, durch Werbung von Mitgliedern bzw. Beziehern und durch das Aufgeben vieler Bestellungen die weitere Herausgabe des „Saar-Freund“ zu unterstützen und zu sichern. Die Ortsgruppen müssen aber auch vor allen Dingen darauf hinwirken, daß jedes Mitglied den „Saar-Freund“ durch die Post bezieht.

Vom 1. April d. Js. ab beträgt der monatliche Bezugspreis immer noch nur 150,— Mark.
Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Mit großem Bedauern muß festgestellt werden, daß die reichen Ornamente an dem Johann Knipperschen Haus in der Eisenbahnstraße, das zu den unter Denkmalschutz gestellten Häusern am Ludwigplatz zählt, bei einem Umbau des Gebäudes abgeschlagen und somit der schöne Stengelsche Barockbau seines Schmuckes beraubt worden ist. Allerdings, unsere jetzige „Regierung“ hat kein Verständnis (oder kein Interesse?), Erinnerungen an die deutsche Kultur der Vergangenheit zu erhalten. — Die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften haben am 9. Mai ihr an der Brauerstraße errichtetes Bureauhaus seiner Bestimmung übergeben. — Am 29. März d. J. wurde bei einer hiesigen Bank durch Fälschung der Unterschrift eines Kontoinhabers der Betrag von 3 675 000 Mark abgehoben. Am 20. April wurde wieder versucht, durch Fälschung einer Unterschrift 38 Millionen Mark abzuheben, was den Beträgern aber nicht gelang, da der hohe Betrag noch nicht überwiesen war. Als Täter wurden nunmehr zwei Bankangestellte und ein Bergmann, sämtlich aus Wiesbad, ermittelt, festgenommen und dem Gefängnis zugeführt. — Ein bei einer hiesigen Firma beschäftigter Reisender aus Welsheim kassierte in den letzten zwei Monaten bei verschiedenen auswärtigen Kunden seiner Firma Geldbeträge im Gesamtbetrag von 1 1/4 Millionen Mark und 300 Franken. Er lieferte die Beträge jedoch nicht ab, sondern verjubelte sie in lieberlicher Gesellschaft. Der Debitant wurde verhaftet. — In letzter Zeit vergeht fast kein Tag, an dem nicht das Verschwinden von Personen gemeldet wird. Neuerdings wurden als vermißt gemeldet der jugendliche Arbeiter Willi Spiegel aus der Gallestraße, der 16 Jahre alte Walter Spindler aus der Turnerstraße in Malstatt, der 14jährige Schüler Wilhelm Rohrer aus der Logengasse und der 40jährige Arbeiter Nikolaus Reihdorf aus der Frankenstraße.

Ludweiler. Von einem schweren Unglück betroffen wurde die Schuhmacher Lavallische Familie hier. Die Scheune ihres Grundstücks, an der neue Fundamentierungsarbeiten vorgenommen wurden, stürzte plötzlich ein, wobei auch die eine Mauer des Wohnhauses mitgerissen wurde. Glücklicherweise sind keine Menschenleben zu beklagen.

Bisdorf. Eine männliche Leiche wurde Montagnachmittag aus der Saar gezogen. Der Körper wies zahlreiche Stichwunden auf. Einzelheiten liegen noch nicht vor.

Lebach. Die kaum 165 Hektar umfassende Wald- und Feldjagd der Gemeinde Haan bei Lebach wurde von Herrn Dr. Mory, Saarbrücken für 4300 Franken gepachtet. Es handelt sich hier um eine Summe von 12 500 000 Mark. Was dürfte da ein Hase kosten?

Merzig. Auf Veranlassung des verflorenen Regierungskommissars Hector war Regierungsobersekretär Klos nach hier verlegt worden. Diese Verlegung ist jetzt wieder rückgängig gemacht und Klos mit sofortiger Wirkung nach Saarbrücken in seine frühere Stellung eingesetzt worden. — Beim Spielen auf dem Holzlager neben der Brennerlei Ludwig erhielt ein junges Mädchen plötzlich einen Schuß in das Gesicht. Das Geschöpf stammt aus einem Flobert.

Elversberg. Die Einwohnerzahl der Gemeinde Elversberg betrug am 6. April 1922 6853 Seelen, diejenige Spiessens 5035 Seelen. Die Bürgermeisterei Spiessen zählte also zwei Monate nach ihrer Gründung 11 918 Bewohner. — Die fünf neuen Kirchenglocken für die hiesige katholische Kirche sind eingetroffen. Es sind fünf Bronzeglocken, die in Saarburg (Bez. Trier) gegossen wurden. Die schwerste Glocke wiegt 26 Zentner. Für die hiesige evangelische Kirche wurden an Stelle der abgelieferten Bronzeglocken vor einigen Jahren drei neue Gießstahlglocken beschafft.

Aus der Pfalz. Am 14. Mai starb in Augsburg an den Folgen eines alten Leidens nach längerem Krankenlager, aber doch unerwartet rasch, der in Würzburg geborene Oberregierungsrat Anton Hertel der Reichsbahndirektion Ludwigshafen, dem seit dem Herbst 1919 ein Verkehrsreferat übertragen war. Obwohl er bei seiner am 19. Februar 1923 erfolgten Ausweisung aus dem besetzten Gebiet schon erkrankt war, versah er doch in seiner großen Gewissenhaftigkeit seinen Dienst noch einige Zeit weiter, bis er ins Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

Personalnachrichten.

Landesstudienanstalt. Die Studienassessoren Wilt. Kniebes und Karl Abresch sind zu Studienräten an der Landesstudienanstalt Ottweiler ernannt.

Von der Post. Postmeister Pfingstmann, der seit 1. Juni 1918 das Postamt Ottweiler verwaltet, ist ab 1. Juni dieses Jahres von Ottweiler nach Dillingen-Saar versetzt. Als Nachfolger ist Postmeister May von Bous ernannt worden. — Herr Oberpostschaffner Joh. Mautes in Merzig wurde zum Betriebsassistenten befördert, Bahnsteigschaffner Ludwig Paul in Merzig zum Oberbahnsteigschaffner.

Von der Landes-Heil- und Pflegeanstalt. Die Buchführer Herres und Kolbusch sind zu Verwaltungssekretären an der Heil- und Pflegeanstalt ernannt worden.

In den Ruhestand getreten sind von der Eisenbahn-Hauptwerkstätte Saarbrücken: Oberingenieur Anweiler, Eisenbahningenieur Lombard, Eisenbahninspektor Miel, Obermaschinenist Daniel. Sämtliche Herren sind fast ein Menschenalter in der Werkstätte Saarbrücken beschäftigt und erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit.

Von der Eisenbahn. Zu Eisenbahnoberinspektoren wurden befördert: Eisenbahninspektor Wilbich, sowie die Eisenbahnobersekretäre Hartmann und Severin in Neunkirchen. Eisenbahninspektor Schmidt in Neunkirchen wurde zum Eisenbahnamtmann befördert.

Sein 50jähriges Dienstjubiläum feierte am 20. Mai Eisenbahningenieur Paul Lang, Saarbrücken 1. Ferner konnte auf eine 50jährige Tätigkeit im Dienste der Firma Gebrüder Halbig Direktor Emil Treib zurückblicken. Gleichzeitig feierte sein 40jähriges Jubiläum Fritz Franzen ebenfalls bei Gebr. Halbig.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten die Eheleute Sebastian Friedrich Hausnecht und seine Ehefrau Kath. Sophie geb. Anshütz in Böllingen, die Eheleute pens. Fördermaschinenist Peter Giring in Walpershofen und das Philipp Selgrathsche Ehepaar in St. Wendel.

Sanitätsrat Dr. Sauer mann. Der langjährige Leiter der früheren Provinzial-Irren- und Pflegeanstalt Merzig, Sanitätsrat Dr. Sauer mann, ist im Alter von 56 Jahren gestorben. Ueber 30 Jahre war er Anstaltsarzt in Merzig, er hat als solcher sich durch eine ganz besondere, weit über das Pflichtmäßige hinausgehende Hingabe an seinen Beruf ausgezeichnet. Lauterer Charakter, wahrhaft kollegiale Gesinnung und scharf ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl haben ihm die Zuneigung und Hochachtung aller derer, die ihn näher kannten, erworben. Daneben war er ein Mann von durchaus deutscher Gesinnung, Grund genug, daß er von der „neutralen“ Regierungskommission seines Amtes enthoben und der deutschen Regierung im Herbst 1921 zur Verfügung gestellt wurde. Er ist nur knapp 1 1/2 Jahre an anderer Wirkungsstätte im Rheinland tätig gewesen. Der Tod hat seinem segensreichen Wirken und seinem Werk der Nächsten- und Menschenliebe ein plötzliches Ziel gesetzt. Alle, die ihn kannten, werden ihm Treue über das Grab hinaus bewahren.

Der frühere Besitzer des „Rheinischen Hof“ in Saarbrücken, Hotellier Gustav Friedrich Reinhold, ist im kaum vollendeten 59. Lebensjahr in Leipzig-Lindenthal gestorben. Er war nicht nur in Saarbrücken, sondern darüber hinaus im ganzen Saar-gebiet eine bekannte und geachtete Persönlichkeit. Viele auch außerhalb des Saargebiets werden von der Kunde seines plötzlichen Todes mit Trauer Kenntnis nehmen.

Todesnachrichten. Frä. Anna Glöckle, 72 Jahre, Frau Anna Kunkel, geb. Kott, 36 Jahre, Frau Karoline Jeyer, geb. Mayer, 72 Jahre, Frau Selma Probst, 54 Jahre, Johann Stier, 50 Jahre, Buchhalter Rudolf Schriever, 60 Jahre, Landschaftsgärtner Friedrich Hofmann, 61 Jahre, Ingenieur Heinrich Denzel, 75 Jahre, Frau Ida Weigel, geb. Zimmermann, 81 Jahre, Frau Wwe. Joh. Saar, geb. Hornberger, 79 Jahre, Witwe Marie Diener, geb. Pöckle, 55 Jahre, Anna Marx, 22 Jahre, Herbert Herman, 3 Jahre, Albert Schiffer, 21 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Rechnungsrat Heinrich Altpeter, Oberschichtmeister a. D., 82 Jahre, in Schafsbüde. — Sanitätsrat Dr. Sauer mann, 56 Jahre, früher in Merzig. — Eugen Salomon, 29 Jahre, Rehlingen. — Frau Karl Altpeter, Paula, geb. Scherer, 33 Jahre, Ditsburg. — Gipfermeister Heinrich Dolibois, 64 Jahre, Kassensekretär Jos. Arens, 32 Jahre, Frau Johanna Schwarz, geb. Schiffermann, 58 Jahre, Frau Math. Kirz, Kath., geb. Hiry, 68 Jahre, sämtlich in Saarlouis. — Frau Maria Burger, geb. Raas, 41 Jahre, Neufornweiler. — Johanna Wallacher, Lehrerin, 26 Jahre, Altenwals. — Karl Born, 57 Jahre, Heiligenwald, Steiger Christian Jenneweine, Hüttenarbeiter Peter Dony, 25 Jahre, Verwaltungs-Anwärter August Schwarz, 27 Jahre, Förderungsaufseher Johann August Weber, 50 Jahre, Christian Wittich, 53 Jahre, Konditor Hermann Sachsenhausen, 37 Jahre, Weichensteller a. D., Veteran von 1870/71 Michael Ball, 73 Jahre, Jakob Lang, 60 Jahre, Rudolf Gabler, 30 Jahre, sämtlich in Neunkirchen. — Steiger Christian Jenneweine, 50 Jahre, pens. Bergmann Christian Harig, 73 Jahre, Rentner Fritz Lander, 73 Jahre, Frau Wwe. Chr. Schönbard, 74 Jahre, Frä. Sophie Eisenbeih, 63 Jahre, sämtlich in Wieselkirchen. — Julius Friedrich Klein, 21 Jahre, Frau Katharina Uhl, geb. Scheuer, 44 Jahre, Jul. Klein, Frau Wwe. Jakob Wilhelm, Katharine, geb. Uebel, 78 Jahre, Wilhelm Schöpfer, 22 Jahre, Frau Philipp Preker, Eva, geb. Vogel, 67 Jahre, Schlossermeister Christian Reinschagen, 80 Jahre, sämtlich in Ottweiler. — Fritz Alt, 52 Jahre, Sigmund Friedberg, 62 Jahre, Hüttenbeamter Eduard Henrich, 44 Jahre, alle drei in St. Ingbert.

Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins, E. V.)

Vereinsadresse u. Schriftführer: Fritz Müller (Stephan 9039), Berlin-Schöneberg, Eisenacher Str. 22. / Vorsitz: Geschäftsführer Karl Freisinger (Hörig: Zentr. 9150-22, Privat: Wilhelm 3261) Charlottenburg, Cosanderstraße 7. / Kasse u. Postkonten Berlin 15441: Bankbeamter Jakob Schmitt, Berlin-Steglitz, Postfingerstraße 16. Familienabend: Jeden 1. Freitag im Monat im Hotel Atlas, Friedrichstr. 105, a. d. Weidenbammer Straße. / Zeitungszuschriften: H. Dorf, Carl Maria Maier, (Moabit 102), NW. 5, Quirchowstraße 140.

Vereinsnachrichten.

Am deutschen Rhein.

(Von einem unbekannten Verfasser.)

Ich stand irgendwo auf einer Brücke am Rhein,
Meine Tränen tropften in die Flut hinein,
Der Herbschlag klotzte so bang und schwer
Als ob ich nicht mehr in Deutschland wär.
O Rhein, du aller Ströme Strom,
Du deutscherst Fluß am deutschen Dom,
Du Knabe, du Jüngling, du Mann, du Greis
Du lachender Frühling im flirrenden Eis,
Du gleichendes, altherbes Silberband
Mit goldenen Perlen im grünen Gewand,
Du Karnevalsjungfrau im Predigerkleid,
Du sorgloser Jecher voll Sparsamkeit —
Für dich, ja für dich zog auch ich hinaus,
Lieb ein weinendes Weib, lieb Kinder zu Haus,
Deutsch sollte uns bleiben der deutsche Rhein,
— Und doch schlich der Feind sich nach Deutschland hinein.

Wir schlugen uns tapfer zu jeglicher Stund
Wir sangen für dich uns die Rehen wund:
Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein,
— Und doch schlich der Feind sich nach Deutschland hinein.

Was ist mir nun Deutschland, du Rhein, ohne dich?
Komm öffne die Arme, umschlinge mich,
Ich komme, o Rhein, zu dir jetzt hinab,
Gib du mir ein deutsches, ein ehrliches Grab.

Da rauschten die Wellen, der Rhein sprach: Halt!
Halt ein, du Gefelle, mein Wasser ist kalt.
Und kalt ist's bei mir jetzt im ganzen Lauf,
Ich nehme ja täglich nur Tränen auf.
Und ich nahm auch schon auf manch gebrochenes Herz,
Das sich in mir fühlte den brennenden Schmerz.
Dort unten, dort wo der Hügel sich senkt,
Dort hat sich die blonde Grete ertränkt,
Und sie ertränkte mit sich auch ihr schwarzes Kind,
Die Zeugen der Schmach waren ich und der Wind.
Und der Hans schrie laut um die junge Braut —
Und hat in mir sich ihr angetraut.
— Ich bläute auf — mit Spänengeschrei
Torkelten sechs Marokkaner vorbei.

Und der Rhein sprach weiter: In voriger Nacht
Da betete einer — nun ist es vollbracht
Mein teures Weib ist gekündet — entleert —
Ich zähl' es dem Schuft, wie's die Bibel nicht lehrt.
Nun suche ich nichts mehr im deutschen Land,
So sprach er, als er in den Wellen verschwand.
— Und ein Franzose lang im hechtgrünen Kleid
Von Freiheit, von Gleichheit, von Brüderlichkeit.

Und weiter erzählte der deutsche Rhein:
Da kam auch zu mir ein Mütterlein,
Drei Söhne gefallen fürs Vaterland,
Der Gatte erschossen an einsamer Wand,
Der Jüngste betrunken nach Algier hinaus,
Die Tochter verschleppt in ein Freudenhaus —
Nichts war es — nichts — was der Alten noch blieb
Und sie hatte ja doch ihr Deutschland so lieb.
Sie verzehrte zu Hause ihr letztes Brot
Und trank dann mein Wasser in ihrer Not.
— Da hörte ich rauschen im Winde wie Hohn —
Die Tricolore der — großen Nation —

Nun neig' dich zu mir, sprach geheimnisvoll der Rhein:
Gefelle du, verbirg deine Pein.
Sieh, Deutschland war immer ein großes Kind,
Wie es ehrliche Kerle nun einmal sind.
Ich hörte so gerne euch singen vom Rhein —
Und stette auch schmunzelnd manch Bänkelsied ein,
Sei, wenn so erdröhte der deutsche Gesang,
Bei vollem Becher mit Kling und mit Klang.
Dann ward mir so eigen, so wohlge-
weh,

So singt kein Franzose, so lang kein Russe! —
Ich liebe nun einmal den deutschen Laut,
Der klingt mir so süß, so wohlvertraut.
— Und gib's jezt auch Tränen und Mühsal und Blau,
Schweig stille Gefelle, es kommt doch der Tag.
Der Tag unserer Freiheit, er rückt heran —
Gefelle, dann brauche ich jeden Mann —
Und wenn ich rausche mit Wogengegrall
Lacht klingen die Rehen mit Donnerhall
— Dann reihen wir flirrend die Ketten entzwei
Dann juchet es durch Deutschland:
Der Rhein ist frei!

Auf zum fröhlichen Wandern.

Vom Grunde bis zu den Gipfeln
So weit man sehen kann,
Jezt blüht's in allen Wipfeln,
nun geht das Wandern an.

(Eichenborff.)

Darum mit Kind und Regel, mit Freunden und Bekannten
hinaus vor die Stadt, hinaus in die köstliche Stimmung, die
blühende Bäume, springende Quellen, prächtige Baumgruppen
und lachenden Himmel bergen. Hinaus mit Rucksack und
Wanderstab, frei nach den Vagantenliedern, die uns der gemüth-
volle Eichenborff gelungen. Dann lehrt uns Gesundheit und
Frohsinn wieder, und wir pflichten dem Dichter Karl Gerold bei:
„Nicht reut kein Tag, wo ich auf Berg und Hügel
durch meines Gottes schöne Welt gestreift.“

VI. Progr. Wanderung am 10. Juni von Melchow nach Ebers-
walde dürfte die schönste und genussreichste dieses Jahres werden.
Herrliche dichte Laub- und Nadelholz-Hochwälder mit viel
Unterholz auf hügeligem Gelände und tiefenhaften Buchen und
Eichen bilden einen Naturdom ersten Ranges. Dieblisch schlängelt
sich in unzähligen, ganz eigenartigen Windungen das „Nonnen-
fließ“ und später die „Schwärze“ hindurch. Dabei sind die Wege
nicht sandig wie in der Mark, sondern fest und glatt ohne Wurzeln
und lassen keine Ermüdung aufkommen. — Mit Ausnahme von
Bornemannspuhl, das uns zu abseits lag, halten wir an dem in
voriger Nummer bekanntgegebenen Programm fest. Gefrühstückt
wird 45 Minuten im Hofe und Garten des mitten im Walde
gelegenen Forsthauses Wildtränke, das uns entgegenkommend mit
Milch, Buttermilch und Fleischbrühe bewirten will, soweit Vorrat
vorhanden. Es ist daher dringend erwünscht, daß uns Bestellungen
bis spätestens 6. Juni zugehen (Adresse Maier, Quirchowstr. 140,
Telephon Moabit 162), denn wir haben nur für 30 Teilnehmer
garantiert. Trinkbecher mitbringen. Wir gehen von Station
Melchow bis zum Forsthaus eine Stunde, und wer sich nicht zu
den Führern hält, wird letzteres nicht finden, sondern sich ver-
zweifelt auf die staubige Autostraße reiten. — Also Disziplin!
Nach 1½ Stunden Wanderung ist eine 1½stündige Waldrast am
„Eisenröh“ auf hügeligem Gelände und geschützt gegen
jede Witterung — Kälte, Wind, Regen, Sonne und Schnee aus-
genommen. ½ Stunden später wird im Gasthaus Waldbhof vor
Speckthausen Mittags- und Kaffeeraut gehalten. — Dieser Teil
am Nonnenfließ entlang ist so herrlich, daß er allen Natur-
schwärmern, besonders im Winter nach hartem Schneefall, nur
allerwärmstens zu einer gesunden, nervenstärkenden Wanderung
empfohlen werden kann. — Der letzte Teil von Speckthausen nach
Eberswalde geht diesmal auf dem linken Ufer der Schwärze
entlang durch prachtvollen Naturpark und mündet bei Cretschmar,
Neue Kreuzstraße 15, woselbst die Teilnehmer der Wanderung
in die Heimat entlassen werden, damit sie nicht in Versuchung
geraten, an der Beschäftigung eines auserlesenen und reichhaltigen
pfälzer Weinkellers teilzunehmen, wozu die Führung vom 1. Vor-
stehenden in besonderer Anerkennung für Ausfindigmachung einer
exquisiten Küche zu einigen Flaschen Königsbacher und Dürk-
heimer Originalgewächsen freudlichst eingeladen worden ist. —
Nur Joël darf noch mitkommen, damit eine Respektsperson dabei
ist, welche die Aufsicht führt (und bezahlen hilft). — Abfahrt
8 Uhr 25 ab Stettiner Fernbahnhof mit Sonntagsfahrkarte
4. Klasse Melchow, ca. 1600 M., Rückfahrt ab Eberswalde
6 Uhr 30 mit Zuschlagkarte 4. Klasse 350 M. bis Melchow.
Sonderwagen ist vom Verkehrsamt zugekagt, also Niederbücher
mitbringen.

Die Führer: Professor Sellkam und Maier.

Propaganda. Die Zahl der Neuanmeldungen steigt von Monat zu Monat in erfreulicher Weise, aber trotzdem werden alle Mitglieder ohne Ausnahme freundlichst eingeladen, den Propagandaausschuß und unseren 1. Schriftführer Fritz Müller (aus der Reichstadt) fortgesetzt recht tatkräftig durch Aufgabe neuer Adressen zu unterstützen. — Das vergnügte Gesicht des Kassierers bei Entgegennahme von Beiträgen, ganz besonders von selbst-eingeschickten, zu sehen, ist allein schon eine Goldmine wert. — Und nun auf, Ihr Säumigen, besonders Ihr, die Ihr jedesmal bei Erhalt der Zeitung immer wieder ausruft und stöhnt: „Ach Gott, ja, nich' wahr, nun habe ich doch, nich' wahr, ganz bestimmt, nich' wahr, schon vergangenen Monat, nich' wahr, das Geld einjenden wollen, nich' wahr?“

Die Spenden für die verschiedenen Vereinszwecke haben sich seit unserer letzten Veröffentlichung so gemehrt, daß es bei dem beschränkten Raum unmöglich ist, sie alle namentlich aufzuführen. Es sei jedoch allen freundlichen Gebern herzlich gedankt, daß sie in dieser schweren Zeit dem Verein in solcher Weise die Treue bewahren und bezeugen. Möge die Gerechtigkeit unserer Mitglieder auch fernerhin nicht erlahmen und viele Nachahmer finden, damit der Verein das Erreichte halten und neue Aufgaben erfüllen kann. — So steht es schwarz auf weiß gedruckt im Vereinsblatt „Frisch auf“ des Odenwaldklub, Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen, und nicht etwa bei uns, aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Ehrung. Unserem Mitglied Direktor Hermann Dahl, Zivilingenieur, M. d. R.-W.-R., Vorsitzender des Vereins Deutscher Gießereifachleute E. V., Berlin, ist in anbetrach seiner großen Verdienste um die Entwicklung des Gießereiwesens in Deutschland von der Preuß. Bergakademie Clausthal die akademische Würde eines Dr. Ing. e. h. verliehen worden. — Unsere volle Anerkennung und herzlichsten Glückwünsche.

Die Rhein- und Ruhr-Ausstellung, gemeinsam mit den rheinischen Landsmannschaften von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur, in Berlin, im Herrnhäuser, Leipziger Straße, veranstaltet, hat ihre Pforten geöffnet. Die Ausstellung verspricht an Hand graphischer Tafeln, sowie hochaktueller Photographien jedem Besucher ein anschauliches Bild vom heutigen Stande des Abwehrkampfes an Rhein und Ruhr zu geben. In den Vormittagsstunden von 8—1 Uhr wird Schulen und Verbänden in gruppenweisen Führungen nach rechtzeitiger Anmeldung (Löhrow 4451-52) Gelegenheit zur gemeinsamen Besichtigung geboten.

Die teuersten und billigsten Gegenden.

Ueber die Teuerung in den einzelnen Gegenden hat das Statistische Reichsamt eine lehrreiche Untersuchung gemacht, einmal über die Teuerung im April-Juli, dann im September-Dezember. Als teuerste Gebiete ergaben sich die Bezirke von Trier und Aachen, die Rheinpfalz, Rheinhessen und Hamburg. Sie liegen in beiden Zeiten über der durchschnittlichen Abweichung. Am Ende des Jahres kommt dazu der Regierungsbezirk Schleswig, die Kreishauptmannschaft Chemnitz, der Mannheimer Bezirk und Bremen. Die „billigsten“ Gegenden waren im Sommer und im Herbst Mecklenburg-Schwerin und einige Regierungsbezirke von Pommern, wie Köslin und Stralsund, die Regierungsbezirke Allenstein, Westpreußen, Frankfurt a. O., Schneidemühl, Breslau, Liegnitz, Magdeburg, Merseburg, Braunschweig, der württembergische Donaufreis und Sigmaringen.

Allgemeines.

„Ludwigshafen.“ Der Norddeutsche Lloyd hat seinen neuesten Dampfer „Ludwigshafen“ gekauft und dies dem Herrn Oberbürgermeister mit folgendem Telegramm kundgetan:

„Der stolzen, werktätigen deutschen Industrie- und Hafenstadt Ludwigshafen in überaus ernster, schwerer Zeit treu gedend, haben wir einen auf der Kieler Germaniawerft für uns erbauten Dampfer beim heutigen Stapellauf „Ludwigshafen“ benannt. Norddeutscher Lloyd.“

Die Stadt Ludwigshafen hat, in rechter Würdigung dieser Ehrung, dem Norddeutschen Lloyd daraufhin nachstehenden Dankgruß gesandt:

„Stadt und Bürgerschaft Ludwigshafens danken herzlichst für treues Gedenken und erwiesene Ehre. Sie wünschen der schwimmenden „Ludwigshafen“ glücklichen Kurs auf allen Fahrten, die dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes in friedlicher Arbeit dienen.“

Rudern. Die Regattatage Südwestdeutschlands stellen sich folgendermaßen zusammen: 8. Juni Karlsruhe, 9. und 10. Juni Mainz, 17. Juni Worms, 24. und 25. Juni Frankfurt a. M., 1. Juli Mannheim, 8. Juli Heilbronn, 15. Juli Heidelberg, 12. August Berlin, Meisterschaftsregatta; 26. August Mannheim, Herbstrudern.

Davon dürfte zum mindesten Karlsruhe zweifelhaft sein, weil der Hafen durch das Raubgesindel befeht ist. Mannheim kann sich noch mit dem Redar behelfen, aber einwandfrei ist die Strecke nicht, die Strömung ist zu sehr verschieden, und bei Niedrigwasser

können höchstens drei Boote starten. Anstelle Berlin wäre der hohen Frachtkosten wegen ein zentraler gelegener Platz für die Meisterschaftsregatta erwünscht gewesen.

Aus der Heimat.

Ludwigshafen am Rhein. Anstelle des ausgewiesenen und dann in den Ruhestand getretenen Präsidenten Wilhelm Lieberich wurde der Ministerialrat Ferdinand Hopp, geboren 8. Juli 1868, zum Präsidenten der Reichseisenbahndirektion Ludwigshafen ernannt.

Das tötende Signalhorn. mit dem das Rangierpersonal der Eisenbahn die Rangierbewegungen der Züge in den Bahnhöfen zu begleiten pflegt, wird in der Pfalz nun allmählich verschwinden, um der Mundpfeife Platz zu machen, die aus Metall hergestellt ist und ohne Triller zur Anwendung gelangt, damit sie sich von den Trillersignalen der Zugführer unterscheidet. Die pfälzischen Dienststellen werden nach und nach mit den neuen Pfeifen beliefert, während die eintönigen Hörner, auch ein Stück der guten alten Zeit, wie die gleichfalls verschwindenden Posthörner, eingeliefert werden.

Prof. Dr. Stevogt feierte kürzlich in Neustadt, Post Eschbach bei Landau, das Fest der Silbernen Hochzeit.

Homburg. Der Verschönerungsverein feierte sein 50jähriges Bestehen.

Die Teuerung. Im März war Braunschweig mit der Indexziffer 328 226 die teuerste und Rastenburg (Ostpr.) mit 196 818 die billigste Stadt im Reich. Der Reichsdurchschnitt beträgt 287 032, wenig darunter steht Koblenz mit 273 558 und Köln mit 271 285. Es folgen dann Ludwigshafen mit 267 290, Frankfurt am Main mit 262 741, Mannheim mit 260 712, Darmstadt mit 259 503, Karlsruhe mit 253 651, Worms mit 252 386, München mit 241 810, Berlin mit 239 981, Hamburg mit 241 929 und Zweibrücken mit 225 457. Unsere beiden pfälzischen Städte marschieren also mit an der Spitze, Ludwigshafen und Mannheim sogar noch über Berlin und Hamburg.

Ausweisungen. Bis zum 1. Mai betrug die Zahl der ausgewiesenen Landleute 2107, unter denen sich 1467 Frauen und Kinder befinden, die nun teilweise ohne jeden Hausrat im unbesetzten Deutschland ein kümmerliches Dasein fristen. — Auch unser Dichter „Ludwig“, Ludwig Hartmann, der zuerst aus seiner Dienstwohnung vertrieben wurde und in einem Schulsaal hauste, hat nun mit seiner Familie den Ausweisungsbefehl erhalten. Und wieviel Hunderte oder Tausende mögen es sein, die längst von Haus und Hof vertrieben bei Verwandten, Bekannten, öffentlichen Schulen und Baracken Unterschlupf suchen mußten und täglich noch ein Opfer der Ausweisung durch den erbärmlichen feigen Schuft, genannt Franzos, werden können?

Geschichtliches.

Zum 400. Todestage Franz von Sickingens.

Am 7. Mai 1923 sind 400 Jahre seit dem Tage verstrichen, an dem der berühmte Ritter und Freiheitskämpfer Franz von Sickingen im besten Mannesalter von 42 Jahren an einer schweren Verwundung starb, die er bei der Belagerung seiner Burg Mannstein bei Landstuhl in der Rheinpfalz erlitten hatte. Uns Pfälzer werden die nachstehenden kurzen Notizen über Sickingen besonders interessieren: Im Jahre 1480 erbte ein Ritter Schweikert von Sickingen Teile der Burg Mannstein (bei Landstuhl), kaufte nach und nach die übrigen Partien dazu, so daß sein Sohn, der geschichtlich berühmte Franz von Sickingen, Alleinebesitzer der Burg war. Nach einem mißglückten Angriff auf den Kurfürsten von Trier ward er von den vereinigten Fürsten von Trier, Mainz, Pfalz und Hessen in seiner Burg bei Landstuhl belagert und am 2. Mai 1523 schwer verwundet. Am 7. Mai 1523 hauchte er in dem in den Fels gehauenen Burrgewölbe, das heute noch das Ziel vieler Wanderer und Geschichtsfreunde ist, im Beisein seiner Besieger seine Heldenseele aus. Seinen letzten Willspruch „Gott allein die Ehr', lieb und Ruh den Gemeinen, Beschirm die Gerechtigkeit!“ lesen wir jetzt noch über einer Tordwölbung im Burghofe eingemeißelt. Die Marmorbüste von Sickingen steht heute im Kreis der Gröbten unseres deutschen Volkes in der Wallhalla zu Regensburg. In der katholischen Andreaskirche zu Landstuhl steht heute noch das kunstvolle Grabdenkmal des furchtlosen Reden, das ihm seine Söhne 1543 errichteten. Es zeigt Sickingen in Sandstein ausgehauen lebensgroß in voller Rüstung im Renaissancestil. Leider wurde das historisch wertvolle Denkmal, dessen Abbildung Emil Heuser in seinem kürzlich erschienenen Werke „Pfalzland in der Vergangenheit“ noch unbeschädigt bringt, vermutlich von krankhaft prüden Menschen dadurch verstümmelt, daß man ihm den Schutz-Büdel in der Feigenblattgegend einfach glatt weggemeißelt hat. Auch verläutet, daß das Sickingen-Denkmal, das früher in der Nähe des Altars gestanden habe, in eine unscheinbare Ecke gestellt worden sei. Vielleicht geht die bayerische Denkmalschutzbehörde diesem modernen Barbarismus einmal auf den Grund.

Aus dem Saarbergbau.

Der Produktionsausfall auf den Saargruben.

In dem fast vier Monate dauernden, jetzt zu Ende gegangenen Streik der Saarbergleute hat die Kohlenproduktion auf den Saargruben einen großen Ausfall erlitten. Im März sank die Förderung auf 39 000 Tonnen gegenüber 130 000 im Februar, wo in den ersten Tagen noch gearbeitet wurde. Für April liegt die Förderziffer noch nicht vor; sie dürfte aber nicht höher als die im März sein, da es der französischen Verwaltung trotz aller Druck- und Loosmittel nicht gelungen war, die Zahl der Arbeitswilligen zu erhöhen. Die reguläre Produktion auf den Saargruben wird auf eine Million Tonnen monatlich veranschlagt, so daß die Förderung während des Streiks auf etwa 3 Prozent gesunken war. Die Erzeugung von Koks ist auf etwa 1000 Tonnen zurückgegangen. Von der Belegschaft von über 70 000 Mann befauden sich 97 Prozent im Streik.

Die Schikanierereien gehen weiter.

Trotz der Zusagen der französischen Bergverwaltung den Organisationsvertretern gegenüber herrschen auf den Inspektionen Lüssenthal, Heinitz, Friedrichsthal und Altenwald die tollsten Zustände. Bergleute, die zur Ansahrt kommen, werden zum Teil in grober Weise angeredet und auf unbestimmte Zeit wieder nach Hause geschickt. Die angelegt werden, kommen zum Teil nicht wieder an ihre frühere Arbeitsstelle, sondern werden in andere Arbeiten verlegt, was den Charakter von Maßregelungen offen zur Schau trägt. Es sind das dieselben Inspektionen, von denen schon vor Streikausbruch am meisten über schlechte Behandlung der Bergarbeiter geklagt wurde. Am unruhigsten benehmen sich dabei auch deutsche Beamte, die mit Kraftausdrücken gegen Bergleute nicht sparsam umgehen. Ein Teil der Sicherheitsmänner, die zuerst ansahen und die Gruben auf ihre Unfallgefahr untersuchen sollen, sind auf den genannten Inspektionen noch ausgesperrt. Ueber dieses herausfordernde Verhalten dieser Inspektionen herrscht eine sehr begreifliche Erregung unter den Bergleuten. Die Vertreter der Verbände trugen dem Oberbergamt und der Generaldirektion diese Beschwerden vor und ersuchten um abstellende Maßnahmen, um den frisch hergestellten Frieden im Saarbergbau nicht zu gefährden. Es wurde zwar Abhilfe zugesagt, leider scheinen sich aber eine größere Anzahl höherer und niederer Beamten einzelner Inspektionen der Autorität der Generaldirektion nicht unterordnen zu wollen.

Kleine Mitteilungen.

Ungefähr 300 Knaben und Mädchen aus Saarbrücken, die zum Sommeraufenthalt nach Pommern reisen, kamen am 24. Mai durch Mannheim. Sie fuhren mit der Bahn nach Homburg, von da mit dem Wagen nach Bad Dürkheim und dann mit der Rhein-Haardtbahn nach Mannheim. Die Kinder werden vier Monate zur Erholung in Pommern bleiben.

Ein Jagdschutzverein für das Saargebiet. Zu dem Zweck, den Schutz der Jagd zu sichern, die Heranziehung und Pflege angemessener Wildbestände anzuregen und unserer engeren Heimat, wie vordem, wieder gutbesetzte Jagdreviere zu geben, hat sich eine Vereinigung von Jägern und Jagdliebhabern mit dem Sitz in Saarbrücken gebildet.

Eine Direktion für wirtschaftliche Angelegenheiten ist beim Generalsekretariat der Regierungskommission errichtet worden, zu deren stellv. Direktor Herr Armand Mayer ernannt wurde.

Die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Landesrates sowie des Studienausschusses wurde auf 350 Franken monatlich festgesetzt. Die Vorstehenden des Landesrates und des Studienausschusses erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 600 Franken.

Das Grundgehalt der Landräte des Saargebietes wurde auf 8000 Franken festgesetzt. Sie erhalten außerdem: 1. eine Zulage von 70 Prozent des Grundgehaltes pro Jahr; 2. eine Kinderzulage von jährlich 504 Franken für jedes Kind unter 21 Jahren.

Unser Bundesabzeichen.

Die Abzeichen des Bundes „Saar-Verein“, die viel begehrten Bundesnadeln mit dem Winterbergdenkmal, haben wir auf vielseitiges Bitten neu herstellen lassen. 300 Stück der Bundesnadeln sind angeliefert. Der Preis für ein Stück stellt sich infolge der allgemeinen Preisverhältnisse auf allen Gebieten auf 2000 M., so daß wir uns veranlaßt sehen, hierdurch die Bitte auszusprechen, etwaige Bestellungen möglichst bald aufgeben zu wollen, da wir die Bundesnadeln nach Absatz der soeben angelieferten Menge der hohen Kosten wegen nicht wieder herstellen lassen können. Wer also die Bundesnadel haben will, möge die Bestellung sofort aufgeben. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein.“

Für die Schriftleitung verantwortlich: R. Dörmert, Charlottenburg.
Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königsgrüner Straße 94; Druck: Deutscher Schriftverlag G. m. b. H., Berlin W. 11.

Die neue Monatschrift

Elsas-Lothringen — Heimatsstimmen

Herausgegeben im Auftrage der Altelsässer u. Altlothringer im Reich von Dr. Robert Ernst,

unterrichtet über Geschichte, Kultur, gegenwärtige politische Entwicklung, Wirtschaft, Literatur des Landes.

Aus dem Inhalt der ersten Nummern:

Elsässische Selbstbehauptung / Von den inneren Gründen des „Unbehagens“ in Elsas-Lothringen (R. Ernst) / Deutsch-Lothringen (F. Urban) / Von elsässischer Freiheit und Einheit (E. Sigwalt) / Elsas-Lothringen und die Ruhrbesetzung (R. Ernst) / Die neutrale Republik Elsas (J. Greiner) / Die Lage der Landwirtschaft im Elsas (K. Jung) / Der neue Rechtszustand in Elsas-Lothringen (M. Schwalb) / Der kirchliche Protestantismus im französischen Elsas. Eine Tragödie? (A. Krenker) / Trennung von Kirche und Staat und Elsas-Lothringen (P. L.) / Ein historisches Volkslied von Colmaro Ueberrgang an Frankreich (Müller-Blattau) / Literarische Beiträge von Friedrich Lienhard, Christian Schmitt, Marie Hart, Elma Ritter u. a. / Bücherbesprechungen / Politische Rundschau / Presseschau (Elsas-Lothringen, Deutschland, Frankreich, Ausland).

Bezugspreis vierteljährlich für Deutschland und Deutschösterreich: bei Postbezug 750,- M. (Bestellung bei der zuständigen Postanstalt); bei Streifbandbezug 1000,- M. (Bestellung durch Einzahlung auf Postcheckkonto Dr. Robert Ernst, Nr. 108 799, Berlin. — Für das Ausland Jahresbezug: Frankreich 8 franz. Franken, Schweiz 4 schweiz. Franken, übriges Ausland 1 Dollar (amerik.) — Einzelhefte 600,- M. (einschl. Porto) von der Schriftleitung: Berlin W. 30, Postfach Nr. 5.



Die neue Sperrholz-
Klebenscheibe
ges. gesch.
Größe haltbarkeit,
leichteres Gewicht, in
feuchten Räumen
bestens bewährt

Friedrich Klein
SW. 68, Alte Jakobstraße 19
Fernruf: Amt Dönhoff 9702.

Elektro- Motore!

nur erstkl. Fabrikate,
ab Lager oder kurz-
fristig lieferbar.

Ing.-Büro Faup
Berlin W. 15,
Meierottostr. 1.
Fernruf: Pfalzburg 92.

Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 181-183 Friedrichsplatz 12 Telefon 181-183
Telegramm-Adresse: „Badenbank“

Ankauf der vom Reiche als Ersatz
für Auslandsschäden gegebenen

Reichsschatzwechsel

zu fulanten Bedingungen.

Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und
Fälligkeiten erforderlich.